

**GESELLSCHAFT**

# **WIDER DEN MARKT- RADIKALISMUS**

**HERAUSFORDERUNGEN FÜR ÖKONOMISCHE  
THEORIE UND LINKE WIRTSCHAFTSPOLITIK**

**CHRISTA LUFT**



# INHALT

Vorwort	2
Warum dieses Thema?	4
I DIE LINKE und die Wirtschaft	4
II Beitrag der Wirtschaft zum Gemeinwohl – für die Groko kein nennenswertes Thema	7
III Die Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft schreitet voran	9
IV Wie könnte die fortschreitende Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft, wie ihr Eigenleben zunächst gebremst und auf lange Sicht schließlich überwunden werden?	13
V Polanyis Suche nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus	20
VI Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?	23
VII Umsteuern beginnt im Kopf – eine Herausforderung für ökonomische Theorie	28
Literatur	31

## VORWORT

Aus Anlass des 80. Geburtstages von Prof. Christa Luft titelte das *neue deutschland*: «Die mit Wirtschaft was am Hut hat». Ja, das stimmt, und das hat sie auf dem Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das ihr zu Ehren am 10. März 2018 veranstaltet wurde, eindrücklich unter Beweis gestellt.<sup>1</sup> Mit ihrem Beitrag «Wider die fortschreitende Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft (Karl Polanyi) – Herausforderungen für ökonomische Theorie und Wirtschaftspolitik» gab Christa Luft wichtige Anregungen für einen Diskurs um die Analyse der Weltwirtschaft und mögliche linke Antworten auf Globalisierung, Digitalisierung, Veränderung in der Arbeitswelt und anderes mehr.

Immer wieder hat sie angemahnt, dass sich auch Linke mit ökonomischen Fragen befassen müssen, und hat sehr zu Recht kritisiert, dass die Arbeit an wirtschaftspolitischen Alternativen vernachlässigt würde. Bis heute legt sie hier den Finger in eine offene Wunde. Christa Luft hat aber nicht nur Kritik geübt, sondern mit zahlreichen Publikationen, Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Reden, zum Beispiel im Deutschen Bundestag, ihre Antworten gegeben. Als Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir Christa Luft viel zu verdanken. Sie ist Gründungsmitglied, war lange Jahre im Vorstand und bringt sich bis heute aktiv in die Arbeit ein. Auch ihrer Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass es seit dem 28. November 2017 einen prominent zusammengesetzten Gesprächskreis Wirtschaftspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt.

Prof. Luft kommt aus einer Arbeiterfamilie und war die erste in der Familie, die ei-

ne Oberschule besuchen konnte, Abitur machte und ein Hochschulstudium absolvierte. Außenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen waren ihre Themen, Promotion und Habilitation folgten. Mit 33 Jahren und zwei Söhnen wurde sie Professorin für sozialistische Außenwirtschaft, eine der jüngsten in der DDR. Nach einem längeren Einsatz am RGW-Institut für ökonomische Politik des sozialistischen Weltsystems in Moskau kehrte sie an die Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst zurück, wurde dort 1988 Rektorin und beteiligte sich an Untersuchungen über Alternativen zur offiziellen Wirtschaftspolitik. Bei ihrer Berufung als Rektorin sagte sie: «Ich möchte, dass dieses große Potenzial, das wir im Lehrkörper und unter den Studenten haben, richtig genutzt wird, dass wir nicht im Nachhinein immer bejubeln müssen, wie weise die Parteiführung wieder Beschlüsse gefasst hat, sondern ich möchte, dass wir im Vorfeld an der Lösung der Probleme mitarbeiten können.»

Ihre kompetente und kritische Auseinandersetzung mit der Realität des Sozialismus in der DDR verschaffte ihr viel Anerkennung und den Ruf des Ministerpräsidenten der Übergangsregierung 1989/90, Hans Modrow, in dessen Kabinett. Christa Luft wurde Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin.

Ihre Vision war die einer «sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft bei staatlich regulierten Rahmenbedingungen». Die Zeit aber war zu kurz, um diese Vision umzusetzen. Korrekter sollte man

<sup>1</sup> [www.rosalux.de/dokumentation/id/38650/polanyis-einstiegshebel-in-die-transformation/](http://www.rosalux.de/dokumentation/id/38650/polanyis-einstiegshebel-in-die-transformation/).

sagen: Die DDR bekam keine Chance einer alternativen sozialistischen Entwicklung. Im Oktober 1994 wurde Christa Luft in Berlin als Abgeordnete der PDS mit einem Direktmandat in den Deutschen Bundestag gewählt. Sie war Mitglied im Haushalts- und im Wirtschaftsausschuss und gehörte dem Parlament bis 2002 an.

Christa Luft wurde zu einer der schärfsten Kritikerinnen bundesdeutscher Politik in Bezug auf die Treuhand mit ihrem Vorrang von Privatisierung vor Sanierung der ehemals volkseigenen Betriebe, unterlassener aktiver Wirtschaftsstrukturpolitik und den entsprechenden Folgen für das soziale Gefüge. Bücher wie «Treuhandreport» (1992) oder «Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand» (1996) gehören heute zu Standardwerken der Nachwendezeit. Aber auch nach ihrem Ausscheiden aus der aktuellen Politik hat sich Christa Luft

immer wieder zu Wort gemeldet, etwa in Auseinandersetzung mit der Agenda 2010, den Ursachen und Auswirkungen der internationalen Finanzkrise oder den Freihandelsabkommen.

In einem Beitrag auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema «Sozialismus im 21. Jahrhundert» entwickelte sie «Wirtschaftspolitische Forderungen der Linken, die Schritte in Richtung einer sozialistischen Transformation unterstützen». Ihr Vortrag auf dem diesjährigen Kolloquium wirft erneut aktuelle Fragestellungen auf, denen sich Linke stellen müssen.

Diesen Diskurs wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch künftig fördern. Wir freuen uns, dabei eine Frau wie Christa Luft an unserer Seite zu haben.

Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Berlin, Juni 2018

## WIDER DEN MARKTRADIKALISMUS

### HERAUSFORDERUNGEN FÜR ÖKONOMISCHE THEORIE UND LINKE WIRTSCHAFTSPOLITIK

#### Warum dieses Thema?

Gewählt habe ich es aus drei Gründen:

1. Meiner Wahrnehmung nach ist die Befassung mit Wirtschaftsthemen, gemessen an der mit anderen Politikfeldern in der LINKEN, ausbaufähig.
2. Die Vorhaben der Großen Koalition zielen in dieser Legislaturperiode auch in der Ökonomie auf ein «Weiter so». Nach wie vor dominieren Kapitalinteressen gesamtgesellschaftliche Belange.
3. Mit diesem Beitrag möchte ich mich an der kontroversen Debatte darüber beteiligen, ob es für Marktkategorien in einer postkapitalistischen Gesellschaft einen Platz geben kann.

Christa Luft

## I DIE LINKE UND DIE WIRTSCHAFT

Wirtschaft ist ein Kernbereich der Gesellschaft. Vor allem dort findet Wertschöpfung statt. Wahrgenommen wird dieses Politikfeld heute in der Öffentlichkeit als Domäne der Liberalen und Konservativen. Die gesellschaftliche Linke wird damit kaum in Verbindung gebracht. Von ihren politischen Kontrahenten hat sie das Label verpasst bekommen: «Linke können Wirtschaft nicht», «sie haben mit Ökonomie nichts am Hut». Besonders die parteipolitische Linke sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, zu verkennen, dass nur verteilt werden kann, was vorher produziert wurde. Das klingt im ersten Moment plausibel, ist aber trivial. Die Phrase verdeckt, dass es in der Ökonomie immer um folgende Frage geht: Wer erhält wie viel vom arbeitsteilig produzierten Wert? Gerade darauf legt DIE LINKE den Finger. Sie kritisiert das kapitalistische Bestreben, aus Geld

mehr Geld zu machen, ebenso wie die ungerechte Verteilung des geschöpften Werts.

Das genannte, der LINKEN zugeschriebene Defizit hat aber zu einem gewissen Teil hausgemachte Ursachen. Ich erinnere mich an meine Zeit als haushaltspolitische Sprecherin der PDS-Gruppe und der späteren PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag von 1994 bis 2002. Von meinen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen bekam ich nicht selten mit sozialem Herzblut geschriebene Anträge zur Beratung im Ausschuss, die den anderen Fraktionen leicht als Steilvorlage dienen, sich über Unfinanzierbarkeit und Unprofessionalität der PDS-Papiere zu mokieren. Solche Antragspraxis ist zwar inzwischen weitestgehend überwunden, aber die Floskel reüssiert stets von Neuem in den Köpfen der politischen Kontrahenten. LINKEN-Chef Bernd Riexinger

mahnnte daher kürzlich, dass DIE LINKE mehr zur Wirtschaft sagen müsse. Sie stehe für gerechte Verteilung, für Sozialtransfers, für Umverteilung. Das sei richtig, aber was produziert wird und wie, da misstrauten die Leute ihr.

In der Tat erweist sich die Produktion in linker Politik als Schwachstelle. Der Klimawandel macht umfangreiche Anpassungen in der Industrie notwendig. Die Digitalisierung revolutioniert die Arbeitswelt, verändert Produktionsabläufe. Sie wird absehbar mit unbeschreiblicher Datensammelei und damit weiterer Gläsernmachung des Menschen einhergehen. Sie wird die Überwachung am Arbeitsplatz forcieren und für die Beschäftigten den Zwang zu permanenter Erreichbarkeit ausweiten. DIE LINKE sollte Digitalisierung aber nicht vornehmlich aus technisch-technologischem Blickwinkel betrachten, sondern aus marxistischer Sicht. Bei aller Digitalisierung bleibt es dabei: Wert und Mehrwert werden durch lebendige Arbeit geschaffen. Automatisierung, Digitalisierung, Robotik, die heute von vielen Ökonomen als Schöpfer von Wert und Mehrwert und Quelle für Wohlstand angesehen werden, sind nur Werkzeuge, um Arbeit noch produktiver zu machen. Der Digitalisierungswahn überfordert viele Menschen und führt zu Vereinzelung und Vereinsamung. Die Möglichkeiten, sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und diejenigen zu verbünden, die diese zu verantworten haben, nehmen objektiv ab. Immer häufiger bestimmt der Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Selbstständigkeit, Arbeitslosigkeit, auch Mehrfachbeschäftigung, die Erwerbsverläufe. Der Rolle der Soloselbstständigen als Teil der Arbeitswelt, damit als Teil der Erwerbstätigen und

ihrer Stellung im Wertschöpfungsprozess, gehört angemessene Aufmerksamkeit. Das betrifft auch den zunehmenden Trend, dass Finanzinvestoren den günstigen Kauf von Firmen zwecks teurer Weitervermarktung zu ihrem Geschäftsmodell machen. Der Einstieg eines Finanzinvestors stellt Belegschaft wie Vertreter in Betriebs- und Aufsichtsräten zum Teil vor enorme Herausforderungen. Oftmals Branchenfremde fordern in kurzer Frist hohe Renditen, was meist mit Restrukturierung, Outsourcing, Arbeitsplatzabbau und Produktionsverlagerung verbunden ist.

Einen hohen Stellenwert verdienen auf der Agenda der LINKEN Ressourcenökonomie und Umweltverträglichkeit mit Schwerpunkten wie Müllvermeidung, Stopp des Müllexports, modernes Recycling, Reparaturfähigkeit von Konsumgütern, Abbau von Subventionen, die der Umwelt und dem Klima Schaden zufügen. Den Verursachern in Rechnung gestellt gehören die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden, statt pauschal die Steuerzahlenden damit zu belasten. Der auf ungebremster Profitgier beruhende spekulative Börsenhandel mit Grundnahrungsmitteln ist ein Vergehen vor allem an der ärmeren Bevölkerung in den Entwicklungsländern und entsprechend zu brandmarken. Für sein Verbot einzutreten ist überfällig. Auch muss es der LINKEN stärker um das Spannungsverhältnis zwischen Globalisierung, Transnationalisierung und Regionalisierung gehen. Zu beachten gilt, dass die europäische Integration sowie die weltweite Vernetzung heimische Desintegration mit fatalen ökonomischen, sozialen bis hin zu mentalen Verwerfungen verursachen können. Ja, Globalisierung ist ein objektiver Prozess, aber Ausmaß und

Tempo sind vor allem von Konzerninteressen geleitet und bedürfen der politischen Einflussnahme entsprechend den Belangen arbeitender Menschen. Zusammen mit Friedrich Engels beschrieb Karl Marx im «Kommunistischen Manifest» (MEW 4: 465) die Globalisierungstendenz des Kapitals. «Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel», heißt es dort. Das Kapital geht dorthin, wo die billigsten Arbeitskräfte, die lockersten Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen und die niedrigsten Steuersätze zu finden sind – ein Vorgang, der sich heute zum Beispiel in anhaltender Verlagerung ganzer Produktionen oder einzelner Teile in Billiglohnländer zeigt.

Oliver Nachtwey zufolge braucht die gesellschaftliche Linke «einen neuen Aufbruch, einen dritten Weg zwischen den falschen Alternativen der Renationalisierung und des humanitären Kosmopolitismus. Der Konflikt zwischen Nationalstaat und globalem Kapitalismus ist nicht neu. Marx und Engels schrieben bereits im «Kommunistischen Manifest»: «Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler». Die beiden Klassiker plädierten für einen Weg, der den Konflikt zwar lokal, aber mit der Perspektive internationaler Solidarität führt. So ist ein Kampf um bessere Löhne vor Ort – für Einheimische und neu Hinzugezogene – keine nationale Borniertheit, sondern gerade die Voraussetzung internationaler Solidarität, da sie den Druck aus der internationalen Konkurrenz mildert» (Nachtwey 2018: 45).

Was hier zusammengetragen wurde, sind einige Vorschläge für Wirtschafts-

themen, die den Lebensalltag vieler Menschen unmittelbar berühren. Mit der Zeitung *Oxi* ist ein Medium entstanden, das dafür Diskussionsimpulse setzen kann. Auch ein an der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017 ins Leben gerufener Gesprächskreis Wirtschaftspolitik macht diesbezüglich Hoffnung. Zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft und zur Umgestaltung von Eigentumsverhältnissen beteiligt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit Jahren an der öffentlichen Debatte. Auch der Problematik kleiner und mittelständischer Unternehmen, der Selbstständigen, darunter der Soloselbstständigen, hat sie sich in Kooperation mit dem Offenen Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen (OWUS) zugewandt. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik stellt mit ihren Memoranden regelmäßig ein Gegengutachten zum jährlichen Gutachten der sogenannten Fünf Weisen, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vor. Ihre Analysen, Kritiken und Gegenpositionen zu der von Kapitalinteressen geleiteten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bieten eine Fundgrube für linke wirtschaftspolitische Alternativen.

**Aber meinem Empfinden nach fehlt der LINKEN bislang ein eigenes makroökonomisch fundiertes Basiskonzept, das, Wertschöpfung, Effizienz, ökologische Verantwortung, soziale Teilhabe, Demokratie und die transnationale Dimension verbindend, auf Gesellschaftsveränderung zielt.** Davon könnte in der Öffentlichkeit eine spürbar stärker mobilisierende Wirkung ausgehen als vom Nebeneinander vieler kluger und wichtiger Einzelprojekte.

## II BEITRAG DER WIRTSCHAFT ZUM GEMEINWOHL - FÜR DIE GROKO KEIN NENNENSWERTES THEMA

Die Vorhaben der Großen Koalition für die neue Legislaturperiode stellen auch in puncto Wirtschaft die Weichen – abgesehen von einigen Ausbesserungen des bisherigen Pfades – insgesamt auf «Weiter so». Grundfragen einer künftigen Gesellschaft spielen so gut wie keine Rolle. Die Union reduziert ihre «gestaltende» Idee wie gehabt auf Wirtschaftswachstum, schwarze Haushalts-Null und Ablehnung von Steuererhöhungen für Wohlhabende. Die SPD verharrt im Gefängnis der Reparaturpolitik und lässt keinen Kurs erkennen, der über die real existierenden Verhältnisse hinausweist. Die großen Fragen der Gesellschaft werden also eine weitere Legislaturperiode unbearbeitet bleiben. Bekämpfung der Armut mitten im Reichtum, Klimaschutz, eine internationale Politik, die Konflikte nicht durch Waffenexporte noch anheizt, Umgang mit wachsender EU-Skepsis in Nachbarländern, der Abbau chronischer deutscher Exportüberschüsse, die Entwicklung lokaler und regionaler Wirtschaftsstrukturen, eine entschiedene Zurückdrängung atypischer, zur Vereinzelung der Beschäftigten führender und Solidarität zerstörender Arbeitsverhältnisse – all das wird weiter auf sich warten lassen. **Nicht ansatzweise aufgeworfen wird die Frage, wie in der Wirtschaft, immerhin das Gravitationszentrum der Politik, Bedürfnissen der Allgemeinheit konsequent Vorrang gegenüber den Partikularinteressen einzelner Marktteilnehmer zu verschaffen ist. Und inwieweit politische Steuerung, inwieweit Planung dafür angemessen, ja unabdingbar ist.**

Das schließt die Frage ein, wie die Marktlogik aus Teilen der Gesellschaft zu-

rückgedrängt, wie die fortschreitende «Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft» gestoppt und langfristig überwunden werden kann. Das ist eine Metapher, mit welcher der ungarisch-österreichische Wirtschaftshistoriker und Sozialwissenschaftler Karl Polanyi (1886–1964) in seinem 1944 erschienenen Hauptwerk «Die große Transformation» ein für die kapitalistische Produktionsweise typisches Phänomen beschrieb: die Verselbstständigung der Wirtschaft gegenüber der Gesellschaft, die Dominanz einzelwirtschaftlicher Interessen gegenüber gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Belangen. Dieser Prozess begann Polanyi zufolge im England des frühen 19. Jahrhunderts, und zwar mit der zunehmenden Einfriedung von Grundstücken durch Großgrundbesitzer. Dies – so Polanyi – führte zur Verwandlung des Bodens in ein frei handelbares Gut und war der Nukleus für eine *Marktgesellschaft*, in der schließlich alle gesellschaftlichen Grundgüter, auch Arbeit und Geld, kommodifiziert wurden.<sup>2</sup> Er spricht von «fiktiven» Waren (Polanyi 1978: 102ff.). «Fiktiv» sind für ihn die genannten Ressourcen, weil sie ihrem Wesen nach nicht, und wenn überhaupt, dann nur partiell, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegen können und weil sie sich nicht im Einklang mit der Nachfrage nach ihr produzieren oder produzieren lassen.

«Keiner dieser Faktoren wird produziert, um verkauft zu werden. Die Bezeichnung von Arbeit, Boden und Geld als Waren

<sup>2</sup> Für Marx (MEW 23: 25) war allerdings nicht die Arbeit, sondern die Arbeitskraft eine Ware.

ist somit völlig falsch» (ebd. 1978: 108). «Wenn man den Marktmechanismus als ausschließlichen Lenker des Schicksals der Menschen und ihrer natürlichen Umwelt oder auch nur des Umfangs und der Anwendung der Kaufkraft, zuliebe, dann würde dies zur Zerstörung der Gesellschaft führen» (ebd.). Den Märkten aber wohnt das Bestreben inne, sich über ihre ursprüngliche Domäne, den Handel materieller Güter, hinaus auf alle anderen Lebensbereiche auszudehnen, ganz unabhängig davon, ob diese zur Kommodifizierung – oder, mit Marx gesprochen, zur Subsumption unter die Logik der Kapitalakkumulation – überhaupt taugen.

**Ich meine: «Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft» könnte Thema und Kern eines ökonomischen Basiskonzepts der LINKEN sein.**

Eine inspirierende Überlegung dafür hat Polanyi in seinem Hauptwerk hinterlassen. Sein Plädoyer: Überwindung der *Marktgemeinschaft*, die die Grundgüter Boden, Arbeit und Geld einem sich vorgeblich selbstregulierenden Markt überlässt und damit die Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft vorantreibt. Ihm schwebt eine Wirtschafts- und Sozialordnung mit neuer zivilisatorischer Basis vor. Diese nannte er «liberalen Sozialismus».

Ihm geht es um «eine Entwicklung, in deren Rahmen das Wirtschaftssystem nicht länger der Gesellschaft das Gesetz vorschreibt und in dem der Vorrang der Ge-

sellschaft vor diesem System gesichert ist» (ebd.: 132).

Mit einem ökonomischen Basiskonzept verbindet sich eine Reihe theoretischer Fragen:

- Bedeutet Überwindung der Marktgemeinschaft die Tabuisierung/Ignorierung von Marktelementen oder ist nicht deren planvolle Nutzung in einer postkapitalistischen Gesellschaft geboten?
- Kann es eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus geben?
- Wie könnte wirtschaftspolitisch die Schere zwischen einzelwirtschaftlichem Gewinnkalkül und gesamtwirtschaftlichen/gesamtgesellschaftlichen Belangen geschlossen werden?
- Wie lässt sich die im Zuge beschleunigter kapitalistischer Globalisierung entgrenzte Ökonomie auf internationaler Ebene, speziell in der europäischen Integration, wieder politisch stärker einbetten? Wie stehen die Chancen für eine Transnationalisierung von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik?
- Welche Anforderungen ergeben sich an die Ökonomie-Ausbildung, um deren paradigmatische Enge zu überwinden und andere Weichen in den Köpfen künftiger Führungskräfte zu stellen?

In diesem Beitrag können nur einige der genannten Probleme aufgegriffen werden. Er soll zur Diskussion einladen.

### III DIE ENTBETTUNG DER WIRTSCHAFT AUS DER GESELLSCHAFT SCHREITET VORAN

Die «Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft» ist kein Phänomen der Vergangenheit. Sie treibt im heutigen Kapitalismus immer neue Blüten und lässt kaum noch einen Lebensbereich aus. Ich nenne exemplarisch nur **gravierende Äußerungsformen aus der jüngsten Zeit**. Sie unterstreichen, dass die einseitige Orientierung am Shareholder-Value eine der Hauptursachen für die Fehlallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen ist und immer tiefere soziale Konflikte generiert. *Erstens: die anhaltende Privatisierung von Gemeineigentum.* In der Bundesrepublik Deutschland sank der Nettowert des öffentlichen Vermögens, inklusive Straßen, Brücken, Land und anderer Infrastruktur, im Verhältnis zum jährlichen Nationaleinkommen allein seit dem Jahr 2000 um fast 500 Milliarden Euro von 28 auf 12 Prozent (Fratzcher 2017). Der deutsche Staat verbrennt öffentliches Vermögen, um Verschuldungsprobleme zu lösen. Das erscheint den Regierenden ein politisch leichter zu beschreitender Weg, als andere Quellen für den Schuldenabbau zu erschließen, unter anderem eine Steuererhöhung für Wohlhabende. Ordnungspolitische Grundsätze der konservativen Regierungsparteien und deren Denkfabriken forcieren diesen Trend. So plädiert das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) angesichts des Immobilienbooms dafür, dass die hiesigen Städte ihre oft großen Wohnungsbestände verkaufen. Auf diese Weise könnten sie ihre Schulden auf einen Schlag ganz oder teilweise loswerden. Der Zeitpunkt sei gut, hieß es in einer im März 2018 bekannt gewordenen Studie (Frankfurter Rundschau 20.3.2018).

«Der Wert der Wohnungsbestände strebt seinem Höchststand entgegen. Die günstige Kombination aus niedrigen Zinsen, starker Zuwanderung und robuster Konjunktur wird nicht von Dauer sein.»

Die deutschen Kommunen besitzen laut der IW-Studie rund 2,3 Millionen Wohnungen – etwa zwölf Prozent aller vermieteten Wohnungen hierzulande. Ihr Wert beträgt den Bilanzen städtischer Wohnungsgesellschaften zufolge fast 138 Milliarden Euro, heißt es in dem Papier, das sich auf Daten aus dem Jahr 2015 stützt. Seither dürfte der Wert mit dem Anstieg der Immobilienpreise noch deutlich gewachsen sein.<sup>3</sup>

Privatisierung kommunaler Wohnungen wie auch anderer öffentlicher Vermögenswerte kann keine tragfähige Zukunftsstrategie sein. Irgendwann sind die Werte aufgebraucht. Das verloren gegangene öffentliche Vermögen steht zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung. Das schwächt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und schränkt die Möglichkeiten öffentlicher Körperschaften und demokratisch gewählter Volksvertreter massiv ein, den Umgang damit im Interesse der Allgemeinheit zu steuern. Die öffentliche Hand wird weitgehend machtlos, schließlich ist es gleichgültig, wer regiert. Dringlich wäre zunächst ein Moratorium für die Privatisierung öffentlichen Vermögens, die Aufnahme von

<sup>3</sup> Frankfurt am Main könnte laut IW-Studie mit Wohnungsverkäufen mehr als elf Milliarden Euro einnehmen und sich komplett entschulden. Ähnlich sähe es in München mit einem denkbaren Erlös von 5,5 Milliarden aus. Berlin oder Hamburg könnten ihre Schulden zumindest deutlich senken. Wegfallende Mieteinnahmen stünden dann gesparten Schuldzinsen in den städtischen Haushalten gegenüber. Mit den Verkaufserlösen ließen sich etwa neue Viertel erschließen, schreiben die Forscher.

Regeln für den demokratischen Umgang damit in die Landesverfassungen, ein Stopp von Public-private-Partnerschaften zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Letztere haben sich bislang stets als Verlustquelle für die öffentliche Hand und als Goldgrube für private Geldgeber, insbesondere für Banken und Versicherungsunternehmen, erwiesen.

*Zweitens: der chronische Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands.* Er bedeutet einerseits Export von Arbeitslosigkeit und beeinträchtigt die Zukunftsfähigkeit des eigenen Landes, weil Leistungsbilanzüberschüsse Kapitalexport sind, während hierzulande große Investitionslücken klaffen. Zugleich beschädigt er die staatliche Souveränität der Länder, die die deutschen Überschüsse qua Verschuldung aufnehmen, treibt sie in eine gefährliche Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern und gefährdet eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung. Ja, die Exporterfolge der Bundesrepublik basieren zu einem Gutteil auf dem hohen Industrieanteil an der Wirtschaftsstruktur, auf der deutschen Ingenieurskunst und der ausgezeichneten Facharbeiterqualifikation. Aber übersehen werden dürfen nicht jene Vorteile im internationalen Wettbewerb, die die Politik verantwortet oder zugelassen hat: Jahrelang erhielten Beschäftigte in Deutschland – anders als in einigen anderen EU-Ländern – Löhne, deren Zuwachs unter dem der Produktivität lag. Die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge wurde per Gesetz gelockert, Unternehmen durften sich zunehmend sozialer Verantwortung entziehen. Sie kassieren üppige Subventionen und zahlen gleichzeitig ihren Managern horrende Boni, die sie von ihren zu versteuernden Erträgen abziehen, usw. Das Argument der Bundesregierung, die

Überschüsse seien politisch nicht zu beeinflussen, sticht also nicht.

Hohe Exportüberschüsse vermehren *unternehmerische Profite*, schmälern aber die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Der kumulierte deutsche Leistungsbilanzsaldo (erfasst von der Außenhandelsstatistik) betrug anno 2016 gut 2,3 Billionen Euro, das deutsche Auslandsvermögen (erfasst von der Bundesbank) belief sich zur gleichen Zeit auf etwa 1,5 Billionen Euro (Bundesbankdaten). Die Differenz von 800 Milliarden Euro entspricht fast dem Exportüberschuss von drei Jahren und macht Entwertungsprozesse deutlich. Das sei eine sehr merkwürdige Form der Vermögensbildung, spottete der keynesianisch orientierte Wirtschaftsweiser Peter Bofinger. Die Exportgewinne fließen nur in sehr geringem Maße nach Deutschland zurück, hauptsächlich werden Geldvermögen im Ausland aufgebaut. Nur etwas mehr als ein Fünftel der Exportüberschüsse wird von deutschen Firmen im Ausland in Sachanlagen investiert, der Rest wird dort, trotz niedriger Zinsen, gespart und fehlt für Investitionen im eigenen Land. Die Lösung kann nur in einem am Binnenmarkt orientierten, lohnbasierten Wachstumskonzept und in einer Investitions- und Importoffensive liegen.

*Drittens: Deutsche Rüstungsexporte,* darunter in Spannungsgebiete, erreichen Rekordwerte. Rüstungsfirmen geben unverblümt zu: Ohne Exporte sei überhaupt keine kostendeckende Produktion solcher Güter möglich, Arbeitsplätze seien gefährdet. Öffentlich aufzumachen wäre dazu die Gegenrechnung: Wie viele Arbeitsplätze könnten im zivilen Sektor geschaffen werden, wenn die extrem kapitalintensive Rüstungsproduktion zurückgeführt und schließlich gestoppt würde? Die fort-

gesetzte Zerstörung menschlicher Zivilisation und Verwüstung der Umwelt im Interesse maximalen einzelwirtschaftlichen Profits ist ein Verbrechen!

*Viertens: Große Konzerne kassieren öffentliche, also Steuergelder, für den Aufbau von Produktionen an bestimmten Standorten. Zugunsten des Shareholder-Values verlagern sie umstandslos solche staatlich geförderten Fertigungen ins profitablere Ausland – mit entsprechenden heimischen Arbeitsplatzverlusten. Jüngstes Beispiel ist der Siemenskonzern. Dessen Nettogewinn betrug im Geschäftsjahr 2016/17 etwa 6,2 Milliarden Euro. Überdies hatte er 6,13 Milliarden Euro Exportgarantien vom Staat erhalten. Auch andere deutsche Konzerne erwägen nach der Trumpschen Steuerreform, der Profitlogik folgend, die Verlagerung von Produktionen aus Deutschland in die USA. Dass 17 DAX-Konzerne, darunter BMW, VW, Daimler, SAP und andere, seit Anfang 2017 Geld für zum Teil mehrere Jahre laufende Projekte bewilligt bekamen, stört sie nicht. Um solchen Praktiken zu begegnen, wäre ein Verbot von Massenentlassungen bei gewinnbringenden Unternehmen ein erster hilfreicher Schritt, ebenso die konsequente Rückforderung der staatlichen Hilfen bei Bruch der Standortsicherungsversprechen. Notwendig wären auch andere Kriterien zur Beurteilung und Vergütung von Konzernmanagern als der Aktienkurs und der Börsengewinn des Unternehmens. Gefordert werden sollte ein gesetzlicher Rahmen, der große Unternehmen verpflichtet, auf der Basis einer gesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung zu kalkulieren.*

*Fünftens: Die deutsche Wirtschaft boomt – doch gleichzeitig hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor in Europa, millionenfache prekäre Beschäftigung*

und eine stärkere Vermögenskonzentration als in anderen europäischen Ländern zu verzeichnen. Wachsende Teile des Volkseinkommens landen als Gewinne bei Unternehmen und Vermögenden. Die Wirtschaft dient den wenigen, nicht den vielen. Das lässt sich deutlich am Gini-Koeffizienten<sup>4</sup> (Grabka/Soebel 2018: 454). ablesen. Die EZB hat kürzlich mitgeteilt, dass Deutschland bei der Vermögensverteilung nach Litauen die zweithöchste soziale Ungleichheit in der Eurozone aufweist. Das Vermögen des reichsten Prozents der deutschen Bevölkerung sei zuletzt um 22 Prozent, das der ärmeren Hälfte nur um drei Prozent gewachsen. Also auch hier: Bereicherung der wenigen auf Kosten der vielen.

Derartige zivilisationsschädigende Vorgänge und Vorfälle nähren in Teilen nicht nur der linken Öffentlichkeit den Eindruck, die Wirtschaft generell sei ein einziges Sündenbabel. Daraus erwachsen Misstrauen und kritische Distanz. Ja, Plusmacherei ist das absolute Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise (MEW 23: 642). Produktion geschieht allein um ihrer selbst willen, auch Nachfrage wird erzeugt, indem neue Bedürfnisse geschaffen werden. All das bedarf härtester Kritik. Gleichzeitig darf betriebliches Interesse an Gewinnerzielung nicht von vornherein mit Unmoral gleichgesetzt und delegitimiert werden.

Unmoralisch ist nicht unternehmerisches Gewinnstreben schlechthin. Unmoralisch ist verweigerte angemessene Teilhabe derer am Gewinn, die ihn erarbeitet

<sup>4</sup> Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensungleichheit. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen stieg in Deutschland von 0,25 anno 1999 auf 0,29 im Jahre 2005, seit 2009 nimmt er tendenziell wieder zu. Der Anteil von Menschen mit niedrigem Einkommen ist deutlich gestiegen.

haben, ungezügelter Renditejagd, welche die Risiken auf andere und die Umwelt abwälzt, und grenzenlose Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Wohin die Missachtung betrieblichen Gewinninteresses führt, haben die Bewohner der DDR und der anderen realsozialistischen Länder des früheren Ostblocks erlebt.

Die Aufklärung über das im kapitalistischen Alltag typische Auseinanderklaffen von einzelwirtschaftlichem Gewinnstreben und gesamtwirtschaftlicher Rationalität muss im Sinne von Pierre Bourdieu zur «ökonomischen Alphabetisierung der Massen» gehören. Der neoklassische Glaubenssatz, einzelwirtschaftliches Gewinnstreben führe automatisch zu gesamtwirtschaftlichem Erfolg, kollidiert auffällig mit der Empirie. Bei der Beurteilung unternehmerischer Erfolge wird von der Mainstream-Ökonomie das oft widersprüchliche Verhältnis zwischen autonomen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen von Marktteilnehmern und den gesamtwirtschaftlichen Folgen ausgeblendet. Die einzelwirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt nicht, dass jedes unternehmerische Ergebnis auf zwei Komponenten beruht: auf der individuellen Leistung *und* auf den gesellschaftlichen Umfeldbedingungen, den Produktionsvoraussetzungen (z. B. Stand von Wissenschaft und Technik, Bildungsniveau der Beschäftigten, Infrastruktur usw.), denen es die Möglichkeit der Leistungserbringung verdankt. Es sind von Politikern interessengeleitet gemachte Gesetze, die regulieren, was wie als Kosten in der unternehmerischen Kalkulation zu berücksichtigen ist und was der Gesellschaft als externe Kosten aufgebürdet werden kann.

Vorgenannte Entwicklungen sind nur einige Indizien dafür, dass im Kapitalis-

mus einzelwirtschaftliche Profiterzielung der Maßstab ist und nicht der Beitrag der Wirtschaft zum Gemeinwohl, wie es Gebot im Grundgesetz und in allen Verfassungen der Bundesländer ist. Polanyi geißelte Profitgier und entfesselte Märkte und sagte bereits in den 1940er Jahren warnend voraus, dass die Gesellschaft der Wirtschaft dienen werde statt umgekehrt. Er fand dafür wenig Gehör. Die jetzigen Zustände bestätigen seine Warnung. Sie sind Beleg für die Wirkmächtigkeit neoklassischer Dogmen. Durch die neoklassische Denkschule gehen hierzulande Jahr für Jahr Zehntausende und weltweit Millionen angehende Intellektueller und zukünftiger Führungskräfte. Sie werden im Einheitsdenkstil des ökonomischen Mainstreams unterwiesen, ja indoktriniert. Sie lernen kaum, ihre Disziplin kritisch zu hinterfragen. Stattdessen müssen sie sich durch Lehrbücher quälen, die Musteraufgaben und Musterlösungen präsentieren – also suggerieren, dass es *eine* Wahrheit gäbe. Als Absolventen sind sie nicht nur in der akademischen Welt präsent, sie sind auch in Regierungen, Parlamenten, in Politikberatung, Medien, Wirtschaftsunternehmen, Banken, Parteien, Verbänden, nationalen Thinktanks, in internationalen Organisationen und Beraterstäben involviert. Die politische Reichweite der ökonomischen Lehre ist also beträchtlich. Verschulung und «Verbetriebswirtschaftlichung» des Studiums sind typische und besorgniserregende Tendenzen der Mainstream-Ökonomie. Statt des «allseitig gebildeten Menschen», wie es dem Humboldt'schen Ideal entspricht, wird der «allseitig verfügbare Mensch» herangezogen. Für die Demokratie erwächst daraus die Gefahr, dass aus Bürgern Mitläufer ohne eigenes Urteilsvermögen werden.

## IV WIE KÖNNTE DIE FORTSCHREITENDE ENTBETTUNG DER WIRTSCHAFT AUS DER GESELLSCHAFT, WIE IHR EIGENLEBEN ZUNÄCHST GEBREMST UND AUF LANGE SICHT SCHLIESSLICH ÜBERWUNDEN WERDEN?

Worauf sollte linke Politik drängen, damit die Wirtschaft wieder von der Gesellschaft in Dienst genommen wird und sich ihr entsprechend dem Grundgesetz und auch den Geboten der Landesverfassungen<sup>5</sup> unterordnet? Polanyi hat dafür ein entscheidendes Stichwort gegeben: Ihm geht es um die Überwindung der *Marktgeseellschaft*. Geld, Arbeit und Grund und Boden gehören nach Polanyi dem Markt entzogen und staatlich reguliert. Das wäre dann eine *zweite «Große Transformation»*.

**Für mich liegt vor allem im politischen Umgang mit Grund und Boden, in einer neuen, einer sozialen Bodenordnung, ein Einstiegshebel in eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft.**

Anhebung des Spitzensteuersatzes, Novellierung der Erbschaftssteuer, Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Erhöhung des Mindestlohnes und vieles andere mehr – all das sind aktuell dringliche und unverzichtbare linke sozialpolitische Forderungen. Sie können graduelle soziale Verbesserungen bringen. An den Eigentums-, Verteilungs- und Machtverhältnissen, an der auf Plusmacherei gerichteten Gesellschaft ändern sie jedoch kaum etwas. Das trifft auch auf das bedingungslose Grundeinkommen zu, von dem die gleichnamige Bundesarbeitsgemeinschaft der LINKEN sogar meint, es hätte das «Potenzial, mit dem das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden kann». Ich halte das nicht nur für eine sehr gewagte These, sondern für politisch desorientierend. Es ist keine Alternative zum Neoliberalismus, son-

dern eine Kapitulation vor ihm. Auf den ersten Blick hat eine garantierte Mindestsicherung für von prekären Lohn- und Arbeitsbedingungen Betroffene etwas Bestechendes. Doch gesellschaftlich wirkt es eher wie ein Mittel, das zeitweilig den Schmerz lindert, dessen Ursachen aber nicht behebt. Vor allem die extreme Spreizung von Vermögen und Einkommen bleibt unangetastet und die soziale Solidarität wird untergraben. Das aber generiert immer wieder von Neuem Abhängigkeiten der einen und Herrschaft der anderen.

Wer nicht nur Ungerechtigkeit mildern oder die Verhältnisse reparieren, sondern an der Wurzel verändern will, kommt am Umgang mit den Naturressourcen, insbesondere einer neuen, einer sozialen Bodenordnung nicht vorbei. Den Produktionsfaktor Boden aus dem Markt herauszunehmen ist nach Polanyi gleichbedeutend mit dessen Einverleibung «in bestimmte Institutionen wie Hauswirtschaft, Kooperative, Fabrik, Gemeinde, Schule, Kirche, Park, Wildschutzgebiet usw. Wie weitverbreitet das persönliche Eigentum an Bauernhöfen auch wei-

<sup>5</sup> So heißt es in Artikel 14, Abs. 2 des Grundgesetzes: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.» Artikel 24 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen schreibt vor: «Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor materiellem Besitz. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.» Artikel 151 (1) der bayerischen Landesverfassung lautet: «Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.» Die saarländische Verfassung gebietet in Artikel 43: «Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohle des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen». Fast wortgleich steht es in Artikel 38 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen.

terhin bleiben mag, Verträge über Bodenbesitz würden sich nur mehr mit nebensächlichen Fragen befassen, da die wesentlichen Aspekte aus dem Markt herausgenommen sind. Das gleiche gilt für Grundnahrungsmittel und organische Rohstoffe, da die Festsetzung der diesbezüglichen Preise nicht dem Markt überlassen wird» (Polanyi 1978: 332).

**Warum lege ich mit Polanyi den Fokus auf Grund und Boden?** Nun: Der Boden ist eine beschränkt verfügbare, nicht vermehrbare Georessource. Er ist Lebens- und Arbeitsgrundlage aller Menschen. Niemand darf davon ausgeschlossen, niemandem darf der Zugang dazu durch knebelnde Bedingungen erschwert werden. Das muss eine soziale Bodenordnung garantieren. Die Novellierung des Bodenrechts ist zur Humanisierung des Zusammenlebens überfällig. Der Boden ist keine Ware wie jede andere, die nach Bedarf durch menschliche Arbeit produzierbar ist oder auf die man verzichten kann. Er gehört dem Wesen nach nicht in Privathand, sondern in Gemeineigentum. So können gesellschaftliche Steuerung ermöglicht und Spekulation verhindert werden. Letztere führt, wir können das jeden Tag beobachten, zu galoppierenden Grundstückspreisen,<sup>6</sup> die wiederum den Wohnungsbau unaufhörlich verteuern und eine Mietenexplosion und Mieterverdrängung zur Folge haben.<sup>7</sup> Die Mietpreisbremse erweist sich als wenig zielführend. Existenzgründer und kleine Gewerbetreibende, oft Soloselbstständige, haben es schwer, bezahlbare Räume und Flächen für ihre Tätigkeit zu finden. Private Bodenbesitzer machen beim Verkauf den Reibach, der Staat muss mit Wohngeldzuschüssen ärmeren Mietern den Schutz ihrer Behausung sichern helfen, denn das Grundgesetz sieht zwar

ein Recht auf Freizügigkeit vor, aber kein Recht auf eine bezahlbare Wohnung. Die Ressource Grund und Boden ist begrenzt, das Eigentum daran aber nicht. Vermögende können Macht über weniger Begüterte erringen.

Eine neue Erkenntnis ist das nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinem Beschluss vom 12. Januar 1967 (BVerfGE 21,73/86) ausgeführt: «Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen: eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.» Und weiter: «Das Gebot sozial gerechter Nutzung ist aber nicht nur eine Anweisung für das konkrete Verhalten des Eigentümers, sondern in erster Linie eine Richtschnur für den Gesetzgeber, bei der Regelung des Eigentumsinhalts das Wohl der Allgemeinheit zu beachten. Es liegt hierin die Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gemeinschaft hat.»

Vor 50 Jahren gab es also einen ernsthaften Versuch, durch eine Reform des Bodenrechts sozialen Kriterien explizit Geltung zu verschaffen und dadurch auch der Ausweitung der sozialen Kluft in der Bundesrepublik entgegenzuwirken. Doch er ist gescheitert. Seitdem schweigt die Politik zu diesem Thema.

<sup>6</sup> Die Spanne der Bodenrichtwerte für Baugrundstücke in Berlin reichen von relativ günstigen Grundstücken für 170 Euro je Quadratmeter am Kleinen Müggelsee bis zu 60.000 Euro am Pariser Platz. <sup>7</sup> In Berlin sind die Wohnungsmieten von 2007 bis 2015 um 50 Prozent gestiegen.

In einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* bedauert der frühere Oberbürgermeister von München, spätere Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und schließlich SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, dass es zu einer entsprechenden Reformierung der Bodenordnung nicht kam und auch seine eigene Partei später nicht mehr dazu gesagt hat, als dass Wohnraum kein Spekulationsobjekt werden darf. Aber eine Initiative in der Richtung hätte sie nicht ergriffen (Vogel 2017). Hier liegt ein politisches Tätigkeitsfeld für DIE LINKE. Sie sollte die öffentliche Diskussion darüber nicht scheuen, wie die unbegrenzte Verfügung über Grund und Boden historisch entstanden ist. Die Antwort wird lauten: meist durch militärische Eroberungen oder rein praktische Inbesitznahme auf anderem Wege.

Karl Marx sah in der «Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden» den Ausgangspunkt für die Kapitalakkumulation, die Basis für die Entstehung des Kapitalismus. Aus militärischer, politischer oder ökonomischer Macht wurden Rechte abgeleitet und vererbt. Eine Kette ohne Ende!

Schon Goethe lässt seinen Mephisto im «Faust» mit hinterlistigem Feixen deklamieren:

*«Es erben sich Gesetz' und Rechte wie eine ewge Krankheit fort;*

*Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte*

*und ziehen sacht von Ort zu Ort.*

*Weh dir, dass du ein Enkel bist!*

*Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage.»*

Galoppierend entwickeln sich nicht nur die Baulandpreise, sondern auch die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen. Diese sind in Deutsch-

land allein zwischen 2010 und 2016 um 88,2 Prozent gestiegen.<sup>8</sup> In Mecklenburg-Vorpommern und anderen neuen Bundesländern erwarben sogenannte Tiefpfladerbauern aus Niedersachsen, Holland und anderen Gegenden große, vordem vor allem zu Volkseigenen Gütern gehörende Ackerflächen, bestellen sie im Frühjahr mit eigenen Maschinen und ernten im Herbst.<sup>9</sup> Arbeitsplätze für ortsansässige Menschen entstehen dort nicht und die Kulturlandschaft wird vernachlässigt. Wo es kein Arbeitsangebot gibt, verlassen mobile, besonders junge Bewohner die Gegenden. Kindergärten, Läden, Arztpraxen, Sparkassen schließen, Bahnanschlüsse werden abgebaut, der Busverkehr ausgedünnt. Die Lebensbedingungen der Zurückgebliebenen werden immer prekärer. Ganze Landstriche veröden. Zusätzlich angeheizt wurde die Bodenspekulation nach der Finanzmarktkrise durch die Geldüberschüsse von Kapital- und Immobilieneigentümern, die mangels anderer lukrativer Anlagemöglichkeiten Grund und Boden kaufen und mit ihrer Nachfrage die Preise in die Höhe treiben.

Eine dringliche Aufgabe ist folglich die Bewahrung von Ackerflächen für ortsansässige Betriebe, statt sie im gierigen Rachen von Spekulanten verschwinden zu lassen. In den neuen Bundesländern ist seit Jahren «Landnahme» Usus geworden. Große Agrarkonzerne und sogar Investoren, die, wie zum Beispiel Versicherungen, mit Landwirtschaft nichts zu tun

<sup>8</sup> Laut Auskunft des Bundeslandwirtschaftsministeriums hat sich der durchschnittliche Kaufpreis je Hektar Ackerland in Mecklenburg-Vorpommern um gut 113 Prozent von 9.187 auf 19.607 Euro erhöht. In Bayern betrug der Anstieg 100 Prozent, in Baden-Württemberg «nur» 22,7 Prozent. Hier kostete der Hektar 2016 im Schnitt 24.330 Euro, 2010 waren es noch 19.824 Euro. <sup>9</sup> In Brandenburg z. B. wird nach einer Studie des Thünen-Instituts ein Fünftel der Agrarfläche von Nicht-Brandenburgern bewirtschaftet.

haben, kaufen mangels aus ihrer Sicht renditeträchtiger anderer Anlagen Äcker und Weideflächen auf und machen damit den traditionellen Agrargenossenschaften die Lebensgrundlage streitig. Bewirtschafteten diese 1999 mit 1,7 Millionen Hektar noch rund 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland, so sind es aktuell nur noch 23 Prozent. Die «Landnahme» durch große, zum Teil branchenfremde Betriebe hat riesige Ausmaße angenommen. In Mecklenburg-Vorpommern liegen, einer aktuellen Studie des Thünen-Instituts zufolge, 41 Prozent der Flächen in den Händen nicht ortsansässiger, überregional agierender Eigentümer. Das ist bundesweit trauriger Spitzenwert. Es folgen Sachsen mit 23 und Sachsen-Anhalt mit 22 Prozent. Als ortsansässige Agrarbetriebe definiert das Institut dabei jene, deren Eigentümer weniger als 30 bis 50 Kilometer vom Sitz des Unternehmens entfernt wohnen. Der Einstieg zahlungskräftiger Riesen in die Landwirtschaft hat die Boden- und Pachtpreise explodieren lassen. Diese können von den ortsansässigen Landwirten kaum noch bezahlt werden. Die Folgen: Höfe gehen kaputt, junge Leute gehen weg aus den Dörfern, die Kulturlandschaft leidet. Skandalös obendrein: Die «Investoren» sind inzwischen auf die Idee gekommen, nicht mehr den Boden selbst aufzukaufen, sondern Anteile an Agrarbetrieben, denen der Boden gehört. Sie drücken sich damit um die Grunderwerbssteuer. Diese Art *ursprüngliche Akkumulation*, wie hier in Ostdeutschland, geht im Agrarsektor auch in anderen ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas vor sich. Dieses Thema hat also nicht nur nationale Bedeutung. Bodeneigentumsverhältnisse und die Bodenpreisentwicklung spielen

auch global eine relevante, leider jedoch negative Rolle. Zu denken ist besonders an die Aneignung großer Flächen in Afrika und Asien durch kapitalkräftige Spekulanten.

«Die verschiedenen Formen des Zugriffs auf Land stellen [...] Indikatoren gesellschaftlicher, vor allem ökonomischer Interessen dar [...]. Es macht einen Unterschied, ob Land unter staatlicher Kontrolle ist, als genossenschaftliches Eigentum demokratisiert wurde, ob es als traditionelles Common und also als Gemeingut verstanden wird oder ob es ihm als Privateigentum wirtschaftliche und politische Privilegien resultieren» (Glaser 2017: 9f.).

In einer Demokratie gehört der Boden prinzipiell in Allgemeinbesitz und kann der privaten Nutzung über langfristige Pachtverträge verfügbar gemacht werden. **Die Verhinderung weiterer Privatisierungen und eine beginnende Rückführung privatisierter Flächen in Gemeineigentum sollte für DIE LINKE eines der großen politischen Themen der nächsten Jahre sein.** Mit einem Paukenschlag lässt sich das nicht erreichen. Aber die politische Vorbereitung ist ebenso nötig wie das öffentliche Werben dafür und die Suche nach breiter Zustimmung in der Gesellschaft.

**Was wären Ansätze dafür, Grund und Boden schrittweise dem Marktmechanismus zu entziehen, wie wäre unmittelbar Machbares mit einem längeren Horizont zu verbinden, wie wäre die Spekulation mit Grund und Boden einzudämmen und so beizutragen zu anderen als den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen?**

– Zunächst geht es um die parlamentarische Abwehr aller Versuche, Gebote des Grundgesetzes auszuhöhlen/

- abzuschaffen, die auf den Schutz von Formen der Gemeinwirtschaft hinauslaufen. Ich erinnere mich, wie in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die damalige FDP-Fraktion (allerdings vergeblich) den Antrag in den Bundestag einbrachte, Artikel 15 aus dem Grundgesetz zu streichen, um jedweden «neuen Enteignungs- und Sozialismus-Versuchen zu wehren». Artikel 15 besagt bekanntlich, dass Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden können. Die Neoliberalen hätte wenigstens nachdenklich stimmen können, was schon die ansonsten gern zitierte und einer besonderen Sozialismus-Nähe unverdächtige Hannah Arendt zur Eigentumsfrage festgestellt hatte, nämlich: «In dem Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird meist vergessen, dass es der Kapitalismus war, der mit Enteignungen angefangen hat» (Arendt 1998:76).
- Weiter: Ein Moratorium für die Privatisierung von Grund und Boden, der sich vor allem in den neuen Bundesländern noch in Regie der Treuhandgesellschaft BVVG Grund und Boden befindet;
  - Aufnahme von Regelungen in die Verfassungen der Bundesländer für den demokratischen Umgang mit noch im öffentlichen Eigentum befindlichen Flächen;
  - die Überprüfung großer, nach 1990 erfolgter Flächenverkäufe in den neuen Bundesländern auf Rechtmäßigkeit und Analyse der ökonomischen sowie sozialen Folgen;
  - bevorzugte Ausweitung des genossenschaftlichen Sektors;
  - Schaffung eines als Stiftung organisierten und vor künftiger Privatisierung geschützten gesellschaftlichen Bodenfonds, in den Flächen von erbenlosen Eigentümern/Bewirtschaftern oder als Schenkung eingehen;
  - Land(frei)kauf, indem ein Hof aus traditionellem Familienbesitz in gemeinnützige Trägerschaft überführt wird. Beispiele dafür gibt es in Norddeutschland. Rechtsträger sind in der Regel eingetragene Vereine;
  - Erstellung einer «Höfeordnung», die die Übergabe des Hofes an die nächste Generation regelt, ohne die Wirtschaftlichkeit zu gefährden, und verhindert, dass Gutbetuchte aus fremden Regionen den ersten Zugriff haben;
  - Beschränkung der Flächengrößen, die an einzelne Interessenten verkauft werden, vor allem Verhinderung der Flächenkonzentration in den Händen weniger Großkonzerne;
  - Erhebung einer Steuer auf gehortete, nach einer bestimmten Frist nicht der Bewirtschaftung zugeführte Flächen;
  - Einführung einer Bodengewinnsteuer zur Verhinderung der spekulativen Baulandpreisexplosion;<sup>10</sup>
  - eine Anhebung der Grunderwerbssteuer, wie von manchen Linken vorgeschlagen, ist meines Erachtens keine tragfähige Idee. Wohlhabende hält das nicht davon ab, Grundstücke zu kaufen, sie zunächst zu horten und damit zu spekulieren;

<sup>10</sup> Dafür kann auf die bayerische Landesverfassung Bezug genommen werden. Dort heißt es in Artikel 161 (2): «Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.»

- Knüpfung europäischer Netzwerke, um Einfluss auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU zu nehmen, die bislang dem Landraub kein Stoppsignal setzt. So sind die jährlichen Direktzahlungen von 285 Euro pro Hektar problematisch, die Agrarbetriebe von der EU erhalten. Da es keine Begrenzung der Zahlungen gibt, sind diese ein sicheres Einkommen für Investoren. Ebenfalls bedenklich ist, dass bei der Beteiligung eines Investors an einem landwirtschaftlichen Betrieb Grunderwerbssteuer nur dann anfällt, wenn er 95 oder mehr Prozent des Betriebs übernimmt. Bei einer Übernahme von 94,9 % fällt keine Steuer an, während ein Bauer, der den Nachbarbetrieb übernimmt, Steuern zahlen muss;
- Enteignung von Grundstücken gegen Entschädigung ist eine Grundgesetzoption, die, wenn es im Interesse der Allgemeinheit ist, nicht wie bisher auf den Bau von Straßen oder anderen Infrastrukturprojekten beschränkt bleiben muss.

Die meisten der genannten Wege sind in Einzelfällen bereits erfolgreich gegangen worden. Ja, es sind kleine Schritte gesellschaftlicher Veränderung, keine einer größeren Umwälzung über den Kapitalismus hinaus. Sie stehen ihr aber auch nicht im Wege, und es wäre daher töricht, auf kleine Schritte zu verzichten, meint der Marxist Georg Fülberth. Es kommt darauf an, eine gesellschaftliche Stimmung für solche Veränderungen zu erzeugen und diese bewusst sowie breiter in Angriff zu nehmen.

Mit Bezug auf das *Grundgut Arbeit* fordert Polanyi, dass die Existenzsicherheit von Menschen und ihre grundsätzlichen Entwicklungsbedingungen den Schwankungen der Märkte entzogen werden sol-

len. «Nicht nur die Arbeitsbedingungen in den Fabriken, die Arbeitszeit und die Vertragsbedingungen, sondern der Grundlohn selbst werden außerhalb des Marktes festgesetzt» (Polanyi 1978: 332). Dazu hat DIE LINKE bereits ein Kompendium von Maßnahmen in ihren politischen Vorhaben verankert. Kernprojekte sollten die Verkürzung der Arbeitszeit, das Verbot von Leiharbeit, die Anhebung des Mindestlohns, das Streiten für Tarifbindung in allen Branchen und das Vorantreiben der Demokratisierung der Wirtschaft sein.

Die *Herausnahme der Kontrolle des Geldes aus dem Markt* müsste heute vor allem heißen, die Überschussliquidität entschieden einzudämmen. Geldüberfluss wirkt sich nach Polanyi auf die Wirtschaft ebenso verhängnisvoll aus wie Überschwemmungen auf primitive Gesellschaften (ebd.: 109). Längst wächst das nach immer lukrativerer Anlage suchende Finanzvermögen schneller als die renditeträchtigen Investitionsgelegenheiten in Forschung und Entwicklung, in Produktion und Dienstleistungswesen. Derzeit dienen von 100 Euro, die sich praktisch mit Lichtgeschwindigkeit um den Globus bewegen, 2 Euro der Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen. Die restlichen 98 Euro sind pures Kapital, das aus Spekulation und zur kurzfristigen Maximierung der Rendite um die Welt saust und so die Realwirtschaft lenkt und erpresst (Weizsäcker 2018).

Triebkräfte der Überakkumulation waren und sind die Enteignung der abhängig Beschäftigten, denen weit weniger Lohn gewährt wird, als ihnen vom erzeugten Wert zusteht, die Privatisierung der sozialen Sicherung, die stete Steuer- und Abgabensenkung für Unternehmen, für Bezieher hoher Einkommen und Vermögensbesitzer, der spekulative Handel

mit Nahrungsmitteln, Agrarrohstoffen, Wechselkursen und Immobilienkrediten usw. Der Finanzsektor ist nicht mehr Dienstleister für den wertschöpfenden Wirtschaftsbereich, sondern dessen Diktator. Die Politik ist zur Gefangenen von an den Finanzmärkten gehegten Erwartungen geworden. Mit ihrer Aufgabe, ökonomische, soziale und ökologische Verhältnisse im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten, hat das nichts zu tun! Obwohl sie dafür mit Enteignungsschelte überzogen werden wird, sollte DIE LINKE

die Forderung nach einer Abgabe auf große Vermögen nicht von der Agenda nehmen. Sie sollte sich auf ein Argument des Rechtsdenkers und früheren Verfassungsrichters Böckenförde beziehen. Als das Bundesverfassungsgericht 1995 die damalige Art der Erhebung der Vermögenssteuer als verfassungswidrig einstufte, schrieb er in sein Minderheitenvotum den Satz, dass die Sicherung unbegrenzter Eigentumsakkumulation nicht Inhalt der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes sei (Prantl 2012).

## V POLANYIS SUCHE NACH EINEM DRITTEN WEG ZWISCHEN KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

Polanyis Konzept, die «fiktiven Waren» aus dem Markt herauszunehmen, ist für ihn nicht damit identisch, Märkte abzuschaffen. Das Ende der Marktgesellschaft bedeutet für ihn keineswegs, dass es keine Märkte geben wird. «Sie bestehen auf verschiedene Weise weiter, um die Freiheit des Konsumenten zu gewährleisten, die Nachfrageveränderungen aufzuzeigen, die Produzenteneinkommen zu beeinflussen und um als Instrument der volkswirtschaftlichen Rechnungsführung zu dienen, aber sie sind nicht mehr ein Organ der wirtschaftlichen Selbstregulierung» (Polanyi 1978: 333). Polanyi selbst unterscheidet zwischen Märkten und einer Marktgesellschaft mit entfesselten Märkten. Er will «über den selbstregulierenden Markt hinausgehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet» (ebd.: 311). Er wendet sich gegen die Vorstellung, eine antikapitalistische, eine sozialistische Gesellschaft könne mechanistisch bestimmt und vorausgesagt werden. Ihm schwebt eine Gesellschaft vor mit einer Pluralität von Eigentums- und Vergesellschaftungsformen und mit einer Demokratie als Voraussetzung. Staat und Markt sind für ihn keine Antipoden. Er wirbt für Suchprozesse und kann, wenn man es so nennen will, als Vordenker eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus/Marktradikalismus und Sozialismus gelten, obwohl er diesen Terminus so nicht verwendet. Sein Plädoyer ähnelt dem, was bei anderen Autoren später «Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus in Richtung einer alternativen Gesellschaft» heißt (Klein 2013). Deren Argumentation

verstehe ich so: Den Kapitalismus als eine auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung letztlich überwinden – ja. Ihn mit sozialstaatlichen Reformen zivilisieren und demokratisieren – ja, das wird ein unverzichtbarer Zwischenschritt sein auf dem Wege zum angesteuerten Ziel. Mit Rosa Luxemburg kann man das revolutionäre Realpolitik nennen. Den Kapitalismus mit Transformation retten wollen, wie mitunter von sich besonders links wählenden Zeitgenossen (Blessing 2014: 156–162) gegewöhnt – nein! Für Klaus Blessing sind Transformationsüberlegungen «gefährliche Wunschträume am Kamin», auch «Hirngespinnste». Im gutwilligen Fall seien «solche Auffassungen politisch naiv. Im böswilligen Fall sind sie in Träume verpackte Ablenkungsmanöver, die das System erhalten sollen. Objektiv tun sie Letzteres ohnehin. Und es erhebt sich in der Tat die Frage, ob die Verfechter derartiger Auffassungen wirklich nur politisch naiv sind oder nicht ganz andere Ziele verfolgen» (ebd.: 161). Verschwörungstheoretisch starker Tobak, meine ich.

Vorbehalte gegen eine «Transformation» sind in manchen linken Kreisen nicht nur ideologisch begründet. Sie speisen sich auch aus dem persönlichen Erleben dessen, was unter diesem Terminus in Ostdeutschland nach der sogenannten Wende abließ. Die Überführung der Plan- in eine Marktwirtschaft wurde als Schocktherapie vollzogen mit der größten Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten, mit millionenfacher Arbeitslosigkeit, mit radikalem Eliten-austausch, weitgehender Entmündigung der ostdeutschen Bevölkerung.

Entsorgt wurde nicht nur Überkommenes, Veraltetes, Verschlissenes. Selbst im privaten und im gesellschaftlichen Leben von der Bevölkerung Akzeptiertes galt nichts mehr. Aber wer meint, es gäbe aus einem aus unterschiedlichen, *auch* aus wirtschaftlichen Gründen implodierten Gesellschaftsprojekt nichts für die Zukunft Aufzubewahrendes, hat vom deutschen Philosophen Hegel nichts gelernt. Dieser warb dafür, beim Zugehen auf etwas Neues das Vorherige nicht komplett zu entsorgen, sondern zu bewahren, was aufhebenswert ist. Bei allen Problemen und Schwächen: Auch die Wirtschaft der realsozialistischen DDR hatte etwas Bewahrenswertes – Grund und Boden waren kein Spekulationsobjekt. Einkommen und Vermögen konnten, von in der Regel kleinen Erbschaften abgesehen, nur durch Arbeit erworben werden. Beim Zugang zu Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge konnte niemand mittels Preis ausgeschlossen werden. Das Finanzwesen war Dienstleister der Realwirtschaft und nicht wie heute deren Knechter. Und ist planvolles Wirtschaften – nicht gleichzusetzen mit administrativ überzentralisierter, bürokratischer, betriebliche Initiativen letztlich knebelnder Planungspraxis – ein abzulehnendes Relikt realsozialistischer Vergangenheit oder nicht vielmehr eine für die Zukunft, vor allem für den effizienten Umgang mit Naturressourcen und dem Arbeitsvermögen, unverzichtbare Gestaltungsmethode? Wer so fragt und spricht, wird gern der Nostalgie und der Ewiggestrigkeit gezogen. Hier kann aber festgehalten werden, dass sich Ökonominnen und Ökonomen der DDR, mich eingeschlossen, nach 1990 kritisch, auch selbstkritisch, mit der realsozialistischen Praxis ausei-

nergengesetzt haben (vgl. etwa Krause/Luft/Steinitz 2012). Eine Blaupause für künftige Wirtschaftsgestaltung sieht darin niemand, denn der Realsozialismus hatte ein Grundproblem mit Motivation und Stimulation der Menschen und ökonomischer Effizienz. Aber er ist mehr als eine Fußnote in der Geschichte: Er bildete den Versuch einer gesellschaftlichen Alternative. An seinen Schwächen wie seinen Vorzügen kommt eine Transformationsstrategie nicht vorbei.

Karl Marx war von der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution überzeugt. Doch gemessen an seinen tiefgründigen Analysen der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie hat er wenig Aussagen zu Funktionsmerkmalen und Wirkungsmechanismen eines neuen, den Interessen von Bevölkerungsmehrheiten entsprechenden, nicht profitorientierten demokratischen Gemeinwesens hinterlassen. Er wusste um das ungeheure Zerstörungspotenzial des Kapitalismus, aber auch um dessen Flexibilität. Seine Annahme, dieser würde von selbst untergehen, weil sich im Zuge der Konzentrationsprozesse die Kapitalisten gegenseitig enteignen, also die «Expropriateurs expropriert» würden (MEW 23: 791), erfüllte sich nicht. Verwundern kann das nicht, gab es doch zu seiner Zeit noch kein entsprechendes Analysefeld, keine praktischen Erfahrungen, die als Test für die Tauglichkeit und Realisierbarkeit auf den Sozialismus zielender Visionen und Konzepte hätten dienen können. Dem kritischen Denker Marx hätte es sicher nicht gefallen, wenn jeder seiner Sätze und jegliche seiner Ansichten, unabhängig von Zeit und Umständen ihrer Entstehung, für die Ewigkeit in Stein gemeißelt werden. Er würde wohl kritisches Weiterdenken empfohlen haben.

Das betrifft zum Beispiel eine seiner Visionen, zu denen es unter Linken seit Jahren zum Teil heftige Debatten gibt. Dabei geht es um die Rolle von Warenproduktion, Markt, Wertgesetz und der davon abgeleiteten Kategorien in einer nichtkapitalistischen Wirtschaft. Im Dritten Band des «Kapital» schreibt Marx MEW 25: 95) über den Sozialismus: «Nur wo die Produktion unter wirklicher vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang der durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse.» Mit anderen Worten: Die Beziehung zwischen der Produktion von Waren und den zu befriedigenden Bedürfnissen sollte direkt, das heißt ohne Bezug auf Wert und Markt, in einem Planungsprozess hergestellt werden. Sozialismus war für Marx mit Warenproduktion unvereinbar, Ware-Geld-Beziehungen waren für ihn Fremdkörper im

Sozialismus, galten als «Muttermale des Kapitalismus».

Die Negierung von Geld und Warenproduktion im Sozialismus gehört bei vielen Linken, auch innerhalb der parteipolitischen LINKEN, zu den Grundüberzeugungen. So steht im Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft «Bedingungsloses Grundeinkommen» bei der Partei DIE LINKE als Antwort auf die Frage, ob sie eine geldlose Gesellschaft anstrebt, die klare Antwort: Ja, natürlich. Es würden dann Zuteilungsmittel oder Anteilsscheine ausgegeben, das Grundeinkommen also eben nicht mehr in Geldform verteilt. Eine solche Aussicht weckt Erinnerungen an Zeiten extremen Mangels nach dem Zweiten Weltkrieg, als es in Deutschland Lebensmittelkarten, Rationierungen, Bezugsscheine und Zuteilungen gab. De facto war das eine aus der Not geborene Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und hätte heute und in Zukunft aus meiner Sicht nichts zu tun mit dem auch von Linken vertretenen Freiheitsbegriff.

In manchen linken Kreisen – Paul Mason (2016) spricht von den «Sozialisten der alten Schule» – werden Staat bzw. Plan und Markt einander bis heute apodiktisch entgegengesetzt und damit der Markt als Element effizienten Wirtschaftens tabuisiert. Man beruft sich dabei – wie schon gesagt – auf Marx. Dessen Interpretation beherrschte Jahrzehnte das Denken vieler Politökonomien und das Handeln für die Wirtschaft verantwortlicher Partei- und Staatsfunktionäre in der Sowjetunion und den meisten anderen sozialistischen Ländern. Wissenschaftler, die, wie Jewsei Liberman (Sowjetunion), Fritz Behrens oder Gunther Kohlmey (DDR), Ota Sik (Tschechoslowakei), Oskar Lange (Polen), Janos Kornai (Ungarn) und andere, frühzeitig auf die unverzichtbare Nutzung von Marktkategorien und Wertkennziffern statt fast ausschließlich von Naturalkennziffern im Wirtschaftsmechanismus eines sozialistischen Landes hinwiesen, wurden des Revisionismus bezichtigt – mit harten Folgen für ihre berufliche Karriere. Aber davon, wie die Antwort auf die Frage ausfällt, ob das Produkt gesellschaftlicher Arbeit unter Bedingungen einer sozialistischen Wirtschaft Warenform annimmt oder nicht, hängt ab, ob Begriffe wie Wert, Preis, Selbstkosten, Gewinn, Kredit, Zins usw. als ökonomische Kategorien mit möglicher Hebelwirkung betrachtet werden oder nur als Hilfsmittel von technisch-organisatorischer Bedeutung in einer ansonsten naturalwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsrechnung dienen. Bekannte linke Ökonomen in den neuen wie den alten Bundesländern äußern sich sehr deutlich. Klaus Steinitz etwa zufolge ist der Realsozialismus unter anderem an

der Geringschätzung der Rolle des Geldes und der Missachtung von Markterfordernissen gescheitert (Krause/Luft/Steinitz 2011: 46; Steinitz 2007: 64–74). Für Karl Georg Zinn scheint die Vermutung plausibel, «dass eine Reform der sowjetischen Planwirtschaft entlang den Vorgaben der Marktsozialisten die materielle und moralische Implosion der UdSSR unterbunden oder zumindest so lange hinausgezögert hätte, bis zweifelsfrei erkannt wäre, dass kapitalistische Elemente in eine sozialistische Ökonomie implementiert werden können, ohne damit zugleich alle Übel des Kapitalismus zu importieren, aber die kapitalistischen Einsparungen in den Sozialismus diesem zum Vorteil gereichen» (Zinn 2015: 127).

Die Auseinandersetzung unter Linken darüber, ob und wie sozialistisches Wirtschaften mit der Existenz von Warenproduktion, des Marktes, dem Wirken des Wertgesetzes sowie den davon abgeleiteten Kategorien zu vereinbaren ist, wird weitergehen. Doch kann sie nicht mehr theoretisch-abstrakt geführt werden, sondern muss die praktischen Erfahrungen des implodierten Realsozialismus einbeziehen. Die zentrale staatliche Wirtschaftsplanung ist in der 70- bzw. 40-jährigen Entwicklung der Sowjetunion bzw. der anderen realsozialistischen Länder den Nachweis, volkswirtschaftliche Proportionen garantieren zu können, überall schuldig geblieben. Was als «Planwirtschaft» bezeichnet wurde, war im Kern ein zentralistischer Dirigismus, der letztlich eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft verhinderte. Er hat die genannten Ware-Geld-Kategorien durch eine Flut administrativer Surroga-

te wie Festpreise, Subventionen, ökonomische Hebel, Währungsumrechnungs- und Richtungskoeffizienten usw. ersetzt und damit eine zusätzliche Barriere zwischen real- und geldwirtschaftlichen Vorgängen errichtet. Den Betrieben wurden überwiegend naturalwirtschaftliche Auflagen erteilt wie Volumen der Industrieproduktion, des Exports, der Konsumgüterherstellung usw. Der Begriff Tonnenideologie wurde geboren. Durch Vernachlässigung/Missachtung von Wertkennziffern wurden die wahren Produktionskosten verschleiert und eine effiziente Ressourcenallokation beeinträchtigt. Unverfälschte Informationen über die realwirtschaftlichen Verhältnisse waren kaum zu erhalten. Eine international vergleichbare Wirtschaftlichkeitsrechnung wurde dadurch erschwert.

Ob und wann eine Planung des Aufkommens an Gütern und Leistungen in einer reifen, auf Gemeineigentum beruhenden Entwicklungsphase einer künftigen Gesellschaft direkt nach den in ihnen enthaltenen Arbeitszeiten möglich ist ohne Bezugnahme auf Wertkategorien, das ist eine meines Erachtens heute nicht mit Gewissheit zu beantwortende Frage.

Seit einigen Jahren verstärkt sich unter linken Ökonomen eine kontroverse Diskussion darüber, wie eine Synthese von Planung und Marktregulierung aussehen könnte, ob es eine «sozialistische Marktwirtschaft» oder eine «sozial gesteuerte Marktwirtschaft» geben kann. Diese Debatte erhält Nahrung durch die Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China. Marktwirtschaft und Kapitalismus dürfe man nicht gleichsetzen, heißt es nicht nur dort. Eine Tausch- und Warenwirtschaft habe bereits Jahrtausende existiert, bevor sich ihre gerade einmal vier Jahrhunderte alte kapitalisti-

sche Form herausbildete. Eine sozialistische Marktwirtschaft könne durch Verknüpfung von gesellschaftlichem (nicht schlechthin verstaatlichtem) Eigentum an Produktionsmitteln und Regulierung durch Angebot und Nachfrage entstehen. Es sei nicht einzusehen, weshalb sozialistische Eigentümer nicht in der Lage sein sollten, ihre Unternehmenspolitik an Markterfordernissen, also an Wünschen von Kunden, auszurichten, und stattdessen unflexibel an zentralistisch erstellten Plänen haften sollten.

**Ich teile die Auffassung, dass Staat und Markt keine Gegensätze sind, sondern gemeinsam eine Alternative zur Anarchie bilden: Sie sind zwei Teile eines Gesamtsystems und stehen in vielfältigen Wechselbeziehungen zueinander.** Aber der Staat darf sich die Definitionsmacht darüber, wie Märkte funktionieren sollen, nicht aus der Hand nehmen lassen. Er muss Märkte durch Intervention einhegen. Märkte sind kreativ und dynamisch, aber auch instabil – und das liegt an ihren eigenen Mechanismen und nicht nur an Entgleisungen gieriger Manager. Vor allem müssen sie von den Auswüchsen des entfesselten Finanzkapitalismus befreit werden. Staaten sind eher statisch, aber sie liefern dem Gesamtsystem die entscheidende Ressource – nämlich Stabilität.

**Es geht nicht darum, ob Marx sich mit seiner Position zur Warenproduktion im Sozialismus geirrt hat oder nicht. Die Bedingungen im Realsozialismus entsprachen nicht den Voraussetzungen, von denen er bei seiner Voraussage ausging. Das Eigentum an den Produktionsmitteln war verstaatlicht, nicht vergesellschaftet. Die demokratische Mitwirkung der Beschäftigten war eher formal als real.** Die Produktionsmöglich-

keiten ließen es nicht zu, dass jeder nach seinen Bedürfnissen leben konnte. Das in der Politik vorherrschende Menschenbild war einseitig. Einzelwirtschaftliche Effizienz und gesamtwirtschaftliche Stabilität waren nicht verbunden. Dass aufgewandte gesellschaftliche Arbeit erst mit der Realisierung auf dem Markt Anerkennung findet, war nicht im Blick.

Auf dem Wege zu einem alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sind weitere plurale Such- und Lernprozesse zwingend. Auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu vertrauen ist ebenso falsch, wie an die Durchsetzungskraft eines vorgedachten fertigen Gesellschaftsmodells zu glauben, findet Rolf Reißig (2009). Einen Masterplan für die Große Transformation, die Überführung des kapitalistischen in ein postkapitalistisches, eventuell sozialistisches System gibt es nicht (Altvater 2005: 21). Und ohne entschiedenes Aufbegehren der Massen gegen die kapitalistischen Produktions-, Eigentums- und Verhältnisse hätte er auch keine Chance. Für Marx löst sich in letzter Instanz die Frage auf im Kräfteverhältnis der Kämpfenden.

Das aber heißt für mich, nicht jenen oberlehrerhaft die marxistische Denkweise abzusprechen, die den «revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus» nicht ständig auf der Zunge führen. Ich habe als Beispiel bereits Klaus Blessing genannt, der abschätzig von «Transformatoren» spricht, wenn er Autoren meint, die sich eine Systemumgestaltung als «Transformation» vorstellen können (Blessing 2014: 160).

Als Marx und Engels ihre Vision vom «revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus» formulierten, lagen noch keine Erfahrungen mit Krisen vor, wie sie sich

im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ereigneten und wie sie immer im Rahmen des bestehenden Systems verarbeitet wurden, sich gewissermaßen als dessen Stabilisierungsmechanismen erwiesen. Auch hat der Kapitalismus im Laufe seiner Geschichte unverkennbar eine Reihe zukunftsweisender technologischer, ökonomischer, sozialer, kultureller und anderer Ergebnisse hervorgebracht, an denen auch die ärmeren Schichten der Gesellschaft partizipieren. Zudem ist, trotz aller verwertungsorientierten «Zurichtung» des Menschen durch das Kapital, noch keine gesellschaftliche Stimmung entstanden, die auf das *Wollen* eines *revolutionären* Bruchs mit dem System hindeutet (Leibiger 2012: 6f.). Bei nicht wenigen Menschen geht eine Verinnerlichung des Leistungs- und Konsumtionsprinzips des Kapitalismus vor sich, sodass dieser nicht mehr infrage gestellt wird (Greffrath 2017). Übersehen werden darf auch nicht, dass der Kapitalismus sich immer wieder neue Entwicklungspotenziale, weite Räume der Kapitalisierung erschließt, sowohl Territorien und potenziell ausbeutbare Menschen als auch neu entwickelte Bedürfnisse und Produktionsbereiche. Diese Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus hat Marx offensichtlich nicht vorausgesehen. «Solange kein Subjekt der Umwälzung auftritt, lässt sich aus dem Buch «Das Kapital» nicht lernen, wie der Kapitalismus aufgehoben wird, sondern wie er funktioniert» (Fülberth 2017).

Ob die kapitaldominierte Gesellschaft in 50 Jahren am Ende sein wird, wie Immanuel Wallerstein oder Jeremin Rifkin dies prognostizieren, ob noch früher oder erst später, wie Thomas Piketty meint – wir wissen es nicht. Ebenso wenig wis-

sen wir, ob es zu einem Zusammenbruch kommen kann, wie dies abrupt mit dem Realsozialismus geschah. «Dass der Kapitalismus noch nicht am Ende ist, bedeutet nicht, dass man ihn nicht beenden kann und dass ein alternatives System mit dem richtigen Mix gesellschaftlicher Verhältnisse keinen Bestand hätte» (Leibiger 2012: 8).

Grundrisse einer alternativen, massenmobilisierenden ökonomischen Theorie sind noch nicht in Sicht, wie das der renommierte marxistische britische Sozial- und Wirtschaftshistoriker Eric Hobsbawm so auf den Punkt brachte: «Die Theorie des freien Marktes ist tot, aber sie wird noch durch nichts ersetzt» (Hobsbawm 2011). Einen Impuls aber hat die Systemdebatte durch die jüngste Finanzmarktkrise bekommen (Luft 2011).

Polanyis Position einer Überwindung der Marktgesellschaft, nicht der Märkte schlechthin, findet in nicht dem Mainstream verhafteten, in keynesianischen und marxistischen Kreisen zunehmend Anhänger. So sprach sich der Wissenschaftliche Beirat von Attac schon 2012 dafür aus, den simplifizierenden Dualismus Markt/Staat oder Markt/Plan zu überwinden, nach Zwischenformen zu suchen und zu akzeptieren, dass mit der Zivilgesellschaft ein mächtiger politischer Player in der Demokratie existiert. Nach Colin Crouch verfehlt schon im real existierenden Kapitalismus eine wirtschaftspolitische Debatte, die allein um das Verhältnis von Markt und Staat kreist, die entscheidenden Fragen. Dieser setze bei Weitem nicht so sehr auf freie Marktwirtschaft, wie es die neoliberale Theorie behauptet. Er «beruhe stattdessen auf dem politischen Einfluss von Großkonzernen und Banken. Die Existenz dieser dritten Kraft tritt in den Hintergrund, ob-

wohl sie potenter ist als ihre Kontrahenten und deren Funktionsweise verändert. Die politische Szenerie wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts – in Fortsetzung einer Entwicklung, die im letzten Jahrhundert begann und sich durch die Krise noch verschärfte – nicht mehr von Auseinandersetzungen, sondern von Vereinbarungen zwischen den drei Kontrahenten bestimmt» (Crouch 2011: 62).

Für Klaus Steinitz ist es grundsätzlich möglich, «den Markt und seine Regulierungsfunktion für die Erfüllung sozialistischer Zielstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung zu nutzen» (Krause/Luft/Steinitz 2012: 58). Nach Karl Georg Zinn lassen sich «einzelne aus dem Kapitalismus geläufige Begriffe wie Markt, Kauf, Verkauf, Konkurrenz usw. zur Beschreibung von analogen Erscheinungen der sozialistischen Ökonomie verwenden, ohne deshalb die kapitalistische Profitlogik aus dem Kapitalismus in den Sozialismus zu transferieren» (Zinn 2015: 126f.). Er plädiert dafür, die Vorzüge einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einem von der Dominanz privatkapitalistischer Macht befreiten sozialökonomischen System zu vereinen. Er nennt das «eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus» (ebd.: 140).

Das sind nur einige Stimmen.

In diesem Sinne sollten Linke, anstatt sich unversöhnlich über Markt – *ja* oder *nein* in einer postkapitalistischen Gesellschaft zu streiten, offensiv eine Lanze für demokratische *Planung* brechen und nicht fürchten, von den Neoliberalen des Rückfalls in realsozialistische Zeiten gezogen zu werden. Es geht nicht um bürokratische Planung à la Staatliche Plankommission, sondern um demokratische Planung, zum Beispiel auf Ebene regio-

naler Gremien und betrieblicher Strukturen, unter Beteiligung aller, die direkt oder indirekt von Entscheidungen über einen Plan betroffen sind.

Michael Krätke (2017) misst den Märkten eine entscheidende Rolle in einer demokratischen Planwirtschaft bei. «Was soll zentral geplant werden und was soll vielen privaten Produzenten überlassen werden», fragt er. Seine Antwort: «Alle Grundbedürfnisse können in demokratischer Planwirtschaft befriedigt werden. Für alle öffentlichen und Gemeingüter ist gesorgt. Wohnungen und menschliche Arbeitskraft z. B. sollen keine Ware sein, aber warum nicht Schuhe und Unterhosen?»

Selbst einige Marktwirtschaftler sehen die Notwendigkeit aktiver politischer Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. «Die Politik muss ihr Primat wiederherstellen. Es gibt keine Alternative. [...] Es muss auch das ökonomische Ziel der Politik sein, die makroökonomischen Kosten eines Marktversagens zu minimieren. Außerdem gehört es zum Primat der Politik, dass öffentliche Institutionen eine viel größere Legitimation besitzen als einzelne Marktteilnehmer, die mit Transaktionen auf den Finanzmärkten ihr Eigeninteresse durchsetzen. Das Eigeninteresse ist nicht illegitim, aber es darf nicht die Demokratie aushebeln und die Politik dominieren», so die These von Thomas

Straubhaar (2011), bis 2014 Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburger WeltWirtschaftsinstituts.

«Mehr Zentralismus wagen!». In diese Formel kleidete das keynesianisch argumentierende Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Peter Bofinger, kürzlich sein leidenschaftliches Plädoyer für eine bewusste Gestaltung der Zukunft, statt sie weiter allein der Marktlogik zu überlassen. Wie erwartet, schlug ihm ein Sturm der Entrüstung vonseiten seiner neoklassisch orientierten Ratskollegen entgegen. Diese vergötzen den Markt und schwören auf die entfesselten kreativen Kräfte des Wettbewerbs. Der Würzburger Professor für Volkswirtschaftslehre fragt, ob etwa Technologiesprünge nur durch private Entdeckungsverfahren entstanden sind. Nein, so lautet seine Antwort. Keine Kerntechnologie, die sich in einem i-Phone befindet, ist ohne staatliche Förderung entstanden. Die Automobilbranche mit ihrem Dieselmotorproblem und auch der lange durch Energiekonzerne verzögerte Umstieg auf erneuerbare Energien sind Beispiele dafür, «dass Schlüsseltechnologien ohne staatliche Industriepolitik nicht auf den Weg gebracht werden können. Das müssen die deutschen ordnungspolitischen Idealisten endlich begreifen» (Bofinger 2017).

## VII UMSTEUERN BEGINNT IM KOPF - EINE HERAUSFORDERUNG FÜR ÖKONOMISCHE THEORIE

Vom amerikanischen Nobelpreisträger John Kenneth Galbraith stammt der Satz: «Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale und politische Gedanken ausklammert, irgendeine reale Bedeutung für die Welt hat» (zit. nach: Kurnetzky 1994: 7). Überwunden werden gehört die paradigmatische Enge in den Curricula vor allem der volkswirtschaftlichen Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen. **Gebraucht wird makroökonomisches Denken.** Statt eines scheinbar unpolitischen Ökonomismus, einer *reinen* Ökonomie, den «Economics», wird eine *politische Ökonomie* gebraucht, die von einem Gesellschaftsbezug der Wirtschaft ausgeht und sich nicht auf die betriebswirtschaftliche Logik reduziert. Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie braucht einen Paradigmenwechsel, wenn sie nicht in Realitätsferne erstarren und für Wirtschaftspolitik und -praxis Fehlurteile fällen bzw. Falschorientierungen geben will (siehe dazu Luft 2012, 2013 u. 2015). **Am dringlichsten ist es, die Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft, aus ihren politischen, sozialen, ökologischen, kulturellen, historischen und demokratischen Fundamenten, zu beenden oder, anders gesagt, die Ökonomie wieder als Teilsystem in die Gesellschaft einzubetten.** Ökonomische Daten müssen als soziale Verhältnisse und nicht nur als für die Modellverarbeitung geeignete quantitative Zusammenhänge analysiert werden. Eine wissenschaftliche Schule, die sich nicht selbst genügen, sondern einen praktischen Wert haben will, muss die Frage nach dem Sinn des Wirtschaft-

tens zur Grundlage und zum Ausgangspunkt nehmen. Steht die Wirtschaft im Dienste von Mensch und Umwelt – oder geht es um private Profitmaximierung um jeden Preis? Hat sie eine soziale und ökologische Funktion – oder folgt sie nur dem Eigennutz? Verfassungsrechtlich sind in Deutschland dazu – wie schon hervorgehoben – auf Bundes- und Landesebene Gebote festgeschrieben. Der Wirtschaftsalltag im Realkapitalismus ist jedoch von den Verfassungsgeboten weit entfernt. Deren Befolgung kann nun nicht dem Gusto des einzelnen Unternehmers oder Managers überlassen bleiben. Freiwillig werden diese sich – von Ausnahmen abgesehen – auf soziale und ökologische Belange nur dann einlassen, wenn sie darin langfristig eine Chance zur Gewinnsteigerung sehen. Häufig aber ist, was einzelwirtschaftlich als rational und logisch erscheint, gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv, sozial zerstörerisch und die Umwelt belastend. «Entsprechend sollten Politik und Gesellschaft Gesetze und Regeln, Anreize und Sanktionen dergestalt setzen, dass Menschen dazu gebracht werden, sich so zu verhalten und ihr Tun oder Lassen so zu verändern, dass mikro- und makroökonomisches Erfolgsstreben möglichst deckungsgleich werden» (Straubhaar 2011). Eine solche These ist für einen Marktwirtschaftler wie Thomas Straubhaar bemerkenswert. Ganzheitliches Denken und Handeln in der Wirtschaft ist ohne Einschluss moralisch-ethischer Prinzipien ein Torso. Wirtschaftsethik gehört ins Ökonomiestudium und Personalmanagement muss auf soziale Intelligenz und Kompe-

tenz ebenso viel Wert legen wie auf professionelle Kenntnisse.

Viele der genannten Probleme werden in Ökonomenkreisen diskutiert. Doch darf man nicht die Illusion haben, dass sich in Deutschlands akademischer Landschaft kurzfristig etwas prinzipiell ändern wird. Die offensichtliche Blamage der Neoklassik hat auf deren dominante Stellung im akademischen Bereich wie auch in den meisten Beraterstäben politischer Institutionen bislang keinen durchschlagenden Einfluss gehabt. Ein Paradigmenwandel wäre «nur zu erwarten, wenn die älteren Ökonomen einen weitgehenden Identitätsverlust und eine Entwertung ihrer aufwendig erworbenen Qualifikationen akzeptieren und die jüngeren Ökonomen bereit wären, einen fast kompletten Neuanfang zu wagen» (Heise 2011: 137f.).

Not täte die Wiederbelebung einer *politischen* Ökonomie, die in der deutschen akademischen Wissenschaftslandschaft vor dem Aus steht. Augenscheinlich hat sie auch in absehbarer Zeit kaum Chancen. Die «überwiegende Mehrheit der orthodoxen Mainstream-Ökonomen [...] nimmt heterodoxe Ansätze (im Sinne einer Pluralität der Ökonomik) schlicht nicht zur Kenntnis» (ebd.: 133). Dabei kann der Ausweg aus dieser Situation nicht in der bloßen Ersetzung des einen Paradigmas durch ein anderes liegen. Dazu sind die Fragestellungen viel zu komplex. Es muss um die befruchtende Auseinandersetzung verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden gehen. Dies gilt für heterodoxe Traditionen in der Ökonomie wie (post-)keynesianische, evolutionäre oder marxistische Ansätze ebenso wie für organisations- und wirtschaftssoziologische Perspektiven. Nicht zuletzt gilt

dieser grundsätzliche Gedanke auch für die neoklassische Ökonomie, ungeachtet ihrer tendenziell wirtschaftsliberalen ideologischen Ausrichtung. Ja, ich meine, das ursprüngliche neoklassische Axiom, wonach öffentliche Güter in Staats-hand gehören, ist aufhebenswert. Leider ist das durch marktradikale neoliberale Politik unter die Räder gekommen. Aufhebenswert ist auch, dass der Mensch nicht nur altruistisch denkt und handelt, sondern sehr wohl auch das Interesse hat, für sich und seine Familie zu arbeiten.

Der Kapitalismus ist nicht «das Ende der Geschichte», wie der Amerikaner Francis Fukuyama 1992 noch in seinem gleichnamigen Buch postulierte. Die Systemfrage ist offen! Jürgen Neffe (2018) meint: «Solange arbeitendes Geld besser dasteht als arbeitende Menschen und solange eine immer kleiner werdende Schar großer Kapitaleigner und deren Erfüllungsgehilfen über die Geschicke der Spezies entscheiden – so lange stellt keiner die Systemfrage deutlicher als das Kapital selbst.» Wann das aber und wie geschehen wird, kann niemand voraussagen. Mit einem revolutionären Umbruch ist angesichts politischer Kräfteverhältnisse in überschaubarer Zeit eher nicht zu rechnen. Auf Systemüberwindung gerichtete Reformen können und müssen in Angriff genommen werden. Mathias Greffrath nennt «offensive Lohnpolitik, offensive Infrastrukturpolitik, offensive Bildungspolitik, offensive Wohnungsbaupolitik etc. Mit solchen Angriffen auf die Kapitallogik treibt man das System an seine Grenzen» (Greffrath 2017). Das wird in einem längeren transformatorischen Prozess geschehen, der über eine Mischwirtschaft führen kann.

Dabei muss es um eine Neuordnung der Eigentums- und Machtstrukturen in der Wirtschaft und deren Demokratisierung gehen, aber im Sinne der Hegelschen Philosophie auch um das Aufheben, das Bewahren von zivilisatorischen Errungenschaften vorangegangener gesellschaftlicher Entwicklungen, insbesondere der Grundideen des Liberalismus: Wahrung statt Geringschätzung bürgerlicher Freiheitsrechte, Sicherung von Rechtsstaatlichkeit, Anerkennung statt Unterbewertung des Marktes als eines Elements effizienten Wirtschaftens. Vor ökonomischer Theorie und Wirtschaftspolitik stehen epochale Herausforderungen.

Christa Luft (Jg. 1938) hat Außenhandel studiert. Sie war an der Berliner Hochschule für Ökonomie (HFÖ) und am Internationalen Ökonomischen Forschungsinstitut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau tätig. Ab Herbst 1989 sammelte sie als Wissenschaftlerin Erfahrungen in der politischen Praxis: In der Modrow-Regierung verantwortete sie die Konzipierung einer Wirtschaftsreform, in der frei gewählten Volkskammer saß sie dem Haushaltsausschuss vor. Von 1994 bis 2002 war sie direkt gewählte Abgeordnete für die PDS im Deutschen Bundestag und dort Mitglied im Wirtschafts- und im Haushaltsausschuss. Christa Luft ist Mitglied des Trägervereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet als freie Publizistin.

**Arendt, Hannah (1998):** Vita activa oder: Vom tätigen Leben, 10. Aufl., München.

**Blessing, Klaus (2014):** Die sozialistische Zukunft – kein Ende der Geschichte, Berlin.

**Blessing, Klaus (2016):** Wer verkaufte die DDR?, Berlin.

**Bofinger, Peter (2017):** Mehr Zentralismus wagen!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.8.2017.

**Bothfeld, Silke (2018):** Mit dem Grundeinkommen gegen den Sozialstaat?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2018, S. 33–36.

**Brie, Michael (2015):** Polanyi neu entdecken, Hamburg.

**Bundesarbeitsgemeinschaft «Bedingungsloses Grundeinkommen» der LINKEN (2016):** Unser Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens finanzierbar-emanzipatorisch-gemeinwohlfördernd, 4. Aufl..

**Coote, Anna (2018):** Die gefährliche Illusion des Grundeinkommens, in: Internationale Politik und Gesellschaft vom 20.2.2018.

**Crouch, Colin (2011):** Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2011, S. 49–62.

**Fratzscher, Marcel (2017):** Öffentliche Geldverbrennung, in: DIW Wochenbericht 4/17 vom 25.1.2017.

**Fülberth, Georg (2014):** Basiswissen Marxismus, Köln.

**Fülberth, Georg (2017):** Marx als Produkt, in: neues deutschland vom 13.3.2017.

**Glaser, Swenja (2017):** Die Geburt des Lohnarbeiters, in: Oxi 11/2017.

**Grabka, Markus/Goebel, Jan (2018):** Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, in: DIW Wochenbericht 21/2018, S. 449–459.

**Greffrath, Mathias (2017):** Der Werkzeugkasten von Old Charly, in: neues deutschland vom 26.6.2017.

**Heise, Arne (2011):** When facts change, I change my mind ... Neuere Entwicklungen in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft der Ökonomen und die Situation in Deutschland, in: Krause, Günter (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen, Berlin, S. 123ff.

**Hobsbawm, Eric (2011):** Die Linke ist zu schwach. Eric Hobsbawm über die Wiederkehr von Marx und Keynes, in: Frankfurter Rundschau vom 16.11.2011.

**Kisker, Klaus Peter (2011):** Das Elend bundesdeutscher ökonomischer Lehre und Forschung, in: Krause, Günter/Luft, Christa/Steinitz, Klaus (Hrsg.): Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands, Berlin, S. 109–119.

**Klein, Dieter (2013):** Das Morgen tanzt im Heute, Hamburg.

**Krätke, Michael (2017):** Der Unterschied der Unterhosen. Plan und Markt sind ein schwieriges Paar, in: Oxi 11/2017.

**Krause, Günter/Luft, Christa/Steinitz, Klaus (2011):** Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands, Berlin.

**Kurnetzky, Horst (1994):** Der heilige Markt. Kulturhistorische Anmerkungen, Frankfurt a. M.

**Land, Rainer (2018):** Neubestimmung der Effizienzkriterien, in: Makroskop vom 27.2.2018.

**Leibiger, Jürgen (2012):** Hamlet und der Untergang der Titanic, in: Berliner Debatte Initial 3/2012, S. 4–17.

**Luft, Christa (2011):** Die jüngste Krise belebt die Systemdebatte, in: Krause, Günter (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen, Berlin, S. 27–40.

**Luft, Christa (2012):** Ökonomischer Mainstream zwischen Erschütterung und weiter so, in: Krause, Günter/Luft, Christa/Steinitz, Klaus (Hrsg.): Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands, Berlin, S. 171–195.

**Luft, Christa (2013):** Praxisversagen neoklassischer Dogmen – Chance für gesamtwirtschaftliches Denken?, in: Busch, Ulrich/Krause, Günter (Hrsg.): Theorieentwicklung im Kontext der Krise, Berlin, S. 39–59.

**Luft, Christa (2015):** Das Dilemma neoklassischer Dogmen – Wider die geistige Monokultur, für Pluralität in der ökonomischen Wissenschaft. Vortrag in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften an der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin am 8.10.2015.

**Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW):** Werke, Berlin 1956ff.

**Maier, Erika (2018):** Der Mensch braucht Arbeit, in: neues deutschland vom 16.1.2018.

**Mason, Paul (2016):** Die Mauern werden fallen, die das Eigentum schützen, in: neues deutschland vom 30.4./1.5.2016.

**Nachtwey, Oliver (2018):** Für die Vielen, nicht die Wenigen, in: Die Zeit vom 1.2.2018.

**Neffe, Jürgen (2018):** 200 Jahre Karl Marx. Kontrollverlust, in: Die Zeit vom 26.4.2018.

**Neue Anforderungen an die Volkswirtschaftslehre.** Für eine Erneuerung der Ökonomie, Memorandum besorgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, März 2012, unter: [www.plurale-oekonomik.de](http://www.plurale-oekonomik.de).

**Polanyi, Karl (1978):** The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M.

**Polanyi, Karl (1979):** Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt a. M.

**Prantl, Heribert (2012):** Reichtum verpflichtet, Süddeutsche Zeitung vom 18.9.2012.

**Preiss, Edith (2018):** Eine linke Idee, in: neues deutschland vom 13.2.2018.

**Reißig, Rolf (2009):** Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.

**Steinitz, Klaus (2007):** Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg.

**Strohschneider, Tom (2017):** Nicht den Markt und seine Weisheit stören, warnen die Kritiker öffentlicher Steuerung, in: Oxi 10/2017.

**Strohschneider, Tom (2018):** Die ehemalige Schutzmacht: Über die Krise der europäischen Sozialdemokratie, in: neues deutschland vom 17./18.2.2018.

**Straubhaar, Thomas (2007):** Wirtschaft oder Moral?, in: Zeit Online vom 18.1.2007.

**Straubhaar, Thomas (2011):** Der Große Irrtum, in: Financial Times Deutschland vom 5.10.2011.

**Theobald, Thomas/Tober, Silke (2018):** IMK-Finanzmarktstabilitätsreport 2017/2018 – Der regulatorische Druck lässt nach, IMK-Report Nr. 134.

**Trochowski, Daniela (2018):** Ein Prozent Wachstum reicht, in: Frankfurter Rundschau vom 9.2.2018.

**Troost, Axel (2018):** Es geht nur europäisch, in: Oxi 3/2018.

**Vogel, Hans-Jochen (2017):** Die verdrängte Herausforderung der steigenden Baulandpreise, Süddeutsche Zeitung vom 10.11.2017.

**Vogl, Joseph (2011):** Bloß keine neue Geldreligion, in: Berliner Zeitung vom 28.9.2011.

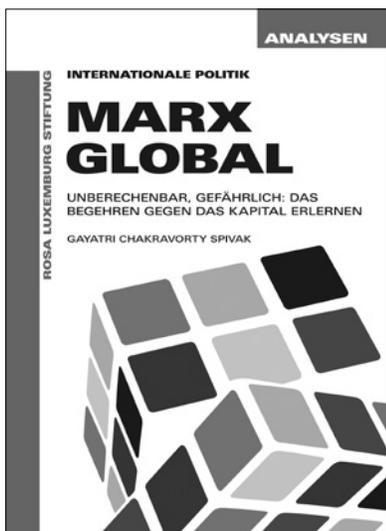
**Vogl, Joseph (2017):** Die Vergötzung des Marktes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2017, S. 97–108.

**Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2018):** Warum Darwin und Smith gegen Freihandel wären, in: Perspective Daily vom 18.3.2018.

**Werner, Alban (2018):** Falsche Antwort, richtige Frage, in: Oxi 3/2018.

**Zinn, Karl Georg (2015):** Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg.

## AKTUELLE PUBLIKATIONEN

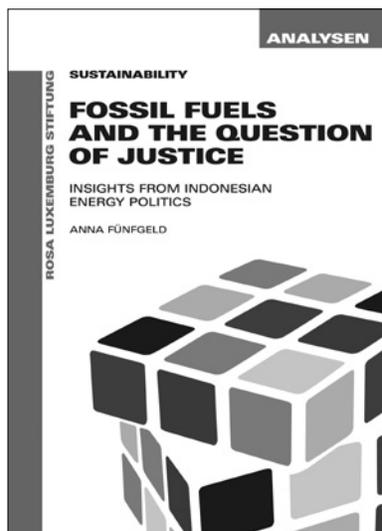


Gayatri Chakravorty Spivak  
**MARX GLOBAL**  
UNBERECHENBAR, GEFÄHRLICH:  
DAS BEGEHREN GEGEN  
DAS KAPITAL ERLERNEN

Spivak stellt die Frage nach einem globalen Marxismus. Denn der industrielle Kapitalismus wird heute nicht mehr von der klar umrissenen Arbeiterklasse des 19. und frühen 20. Jahrhunderts produziert. Die Aufgabe lautet, den engen Fokus auf den Proletarier zu sprengen und sich der im Kraftfeld von Klasse, Geschlecht und Race stehenden (Nicht-)Bürgerin zu öffnen.

32 Seiten, Broschur  
Mai 2018  
ISSN 978-3-9818987-4-3

 **Download und Bestellung:**  
[www.rosalux.de/publikation/id/38819](http://www.rosalux.de/publikation/id/38819)



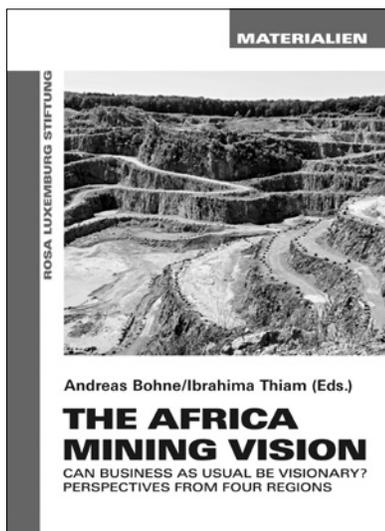
Anna Fünfgeld  
**FOSSIL FUELS AND THE  
QUESTION OF JUSTICE**  
INSIGHTS FROM INDONESIAN  
ENERGY POLITICS

To frame the interface between energy systems and humankind under the spell of capitalism, especially the fossil-based energy generation may be considered the backbone of the imperial mode of living. When discussing transformation of energy politics we have to talk about justice. Society should not longer be dazzled by the false promise of infinite resources.

24 pages, paperback  
March 2018  
ISSN 978-3-9818987-4-3

 **Download and order:**  
[www.rosalux.de/en/publication/id/38632](http://www.rosalux.de/en/publication/id/38632)

## AKTUELLE PUBLIKATIONEN



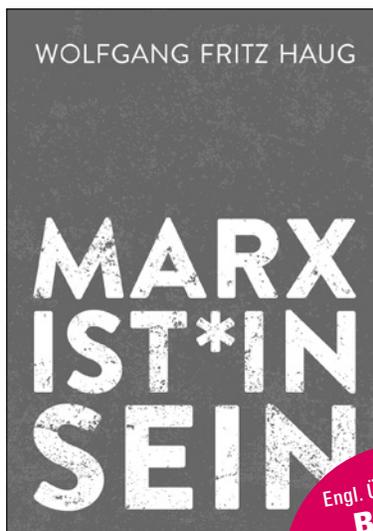
Andreas Bohne/Ibrahima Thiam (Eds.)  
**THE AFRICA MINING VISION**

**CAN BUSINESS AS USUAL  
BE VISIONARY? PERSPECTIVES  
FROM FOUR REGIONS**

Mining is a hugely controversial area. Proponents refer to job creation and to the contribution to economic growth. Opponents criticise the ecological impacts, human rights violations and the lack of binding regulations. Those who try to combine the perspectives argue for extraction in a way that minimises socio-ecological conflicts.

52 pages, paperback  
March 2018  
ISSN 2199-7713

 Download and order:  
[www.rosalux.de/en/publication/id/38617](http://www.rosalux.de/en/publication/id/38617)



Wolfgang Fritz Haug  
**MARXIST\*INSEIN**  
STICHWORT AUS DEM  
HISTORISCH-KRITISCHEN  
WÖRTERBUCH DES MARXISMUS

Mit dem Objekt ›M‹ rücken die Subjekte ins Thema. Das Politische zeigt sich damit im Persönlichen. Nicht die Verhältnisse sind marxistisch, sondern die Menschen. Die ethische Dimension ihres Handelns und Sich-Haltens gerät ins Blickfeld. Der Objektivismus zieht sich zurück auf deren Bedingungen.

115 Seiten, Broschur, April 2018  
ISBN 978-3-9818987-4-3

 Download und Bestellung:  
[www.rosalux.de/publication/id/38756](http://www.rosalux.de/publication/id/38756)

Engl. Übersetzung  
**BEING  
A MARXIST**  
Download und Bestellung:  
[www.rosalux.de/en/  
publication/id/  
38756](http://www.rosalux.de/en/publication/id/38756)

## **IMPRESSUM**

ANALYSEN Nr. 46

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Juli 2018

Redaktion: Effi Böhlke

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**«Wer nicht nur Ungerechtigkeit mildern oder die Verhältnisse reparieren, sondern an der Wurzel verändern will, kommt am Umgang mit den Naturressourcen, insbesondere einer neuen, einer sozialen Bodenordnung, nicht vorbei. Für mich liegt darin ein Einstiegshebel in eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft.»**

CHRISTA LUFT

